

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,- pro Werktag. Zu bezahlen durch
die Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Käfer, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenkatalog: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Unterstützt für die viergeleitete Partei über das Raum M. Pf.
Vergnügungsangebote und Arbeitservermittlungen 30 Pf.
Veranstaltungsangebote 15 Pf.

Die Reichstagswahlen und die Gewerkschaften.

Die Wahlen zum neuen Reichstag sind zwar noch nicht offiziell ausgeschrieben, aber es steht nun fest, daß der 12. Januar 1912 der Wahltag ist. Die Wahlbewegung kommt nun lebhafter in Fluss, und es ist ganz natürlich, daß sich das Interesse aller Bevölkerungsklassen in steigendem Maße auf die Wahlen konzentriert. Ganz besonders lebhaft ist die Arbeiterschaft an den Wahlen interessiert. Bei der Verteilung der Rechte und Pflichten im Reiche sind die Arbeiter so benachteiligt, daß sie mit Freuden jede Gelegenheit ergreifen müssen, von ihren Bürgerrechten Gebrauch zu machen. Der Tag der Reichstagswahl ist gewissermaßen die einzige Gelegenheit, wo die Stimme des Arbeiters in der Politik etwas gilt. Dem Alt der Stimmabgabe wohnt eine große Bedeutung inne. Hier hat jeder Gelegenheit, seinem Willen in bezug auf die Gestaltung der Gesetzgebung Ausdruck zu verleihen. Und der Umstand, daß der Wähler so selten, nur alle fünf Jahre einmal, zur Urne gerufen wird, gibt dem Wahlkampf eine ganz besondere Weite.

Gilt das schon von den Wahlen im allgemeinen, so in erhöhtem Maße von den Wahlen am 12. Januar. Der nächste Reichstag hat große Aufgaben zu lösen. Die gegenwärtige Reichstagsmehrheit hat sich so schwer an dem deutschen Volke verjüngt, daß alles davon gesetzt werden muß, sie zu werfen. Die Mehrheit des schwarz-blauen Blocks muß beseitigt und die Rahn freigemacht werden für eine Politik, die nicht ihre Hauptaufgabe darin sieht, das Volk auszurauben und eine bevorzugte Kasse mit Liebesgaben zu überschütten. Es wird großer Kämpfen aufzutragen, bedürfen, und auf die Weltwirkung jedes einzelnen wird es ankommen, wenn es gelingen soll, den Block der Protzherrn zu zertrümmern.

Von dem nun stärker eingeschneidenden Wahlkampf können auch die Gewerkschaften nicht unberührt bleiben. Warum sind unsere Verbände unpolitische Organisationen? Ihr Zweck ist es nicht, auf die Gesetzgebung einzuwirken, aber die Zusammenfassung der gesetzgebenden Mörperschaft ist für sie keineswegs gleichgültig. Die Gewerkschaften streben die Erzielung günstiger Arbeitsbedingungen für die Berufsgenossen. Sie bedürfen für ihre Betätigung einer gewissen Bewegungsfreiheit, deren Maß jedoch durch die Gesetze bestimmt wird. Dass bei dem gegenwärtigen Stand der Gesetzgebung die Freiheit der Gewerkschaften in fast unerträglichem Maße eingeengt ist, weiß jedermann. In den einflussreichen Kreisen besteht jedoch keinerlei Neigung, die Gesetze zugunsten der Gewerkschaften zu ändern. Im Gegenteil, man will den § 153 der Gewerbeordnung, dieses Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaften, noch verschärfen. Die Reform des Strafgesetzbuches will man benutzen, um der Betätigung der Gewerkschaften noch engere Schranken zu ziehen.

Das Vereinsgesetz enthält Bestimmungen, die in schändlicher Weise gegen die Gewerkschaften angewendet werden können und angewendet werden. Das gleiche gilt von anderen Gesetzen und Verordnungen, und fast täglich macht man die Erfahrung, daß sich die Gerichte in den gewagtesten Auslegungskünsten ergeben, um den Arbeiterorganisationen und insbesondere den Gewerkschaften in ihrer Lebensbetätigung Schwierigkeiten zu bereiten. Es liegt in der Hand der Gesetzgebung, uns vor dieser Unbill zu schützen.

Die Arbeiterschuhgesetzgebung und nicht minder die Arbeiterversicherungsgesetzgebung beruhen auf das lebhafte die Interessen der Gewerkschaften. Aber der Fortschritt des gesetzlichen Arbeiterschutzes wird gehemmt. Das kaiserliche Wort von der politischen Neutralität war den Arbeitersfeinden aus der Seele gesprochen, und wo es in ihrer Macht steht, wirken sie darauf hin, die Arbeiterschuhgesetzgebung nach rückwärts zu revidieren. Bei der nun erledigten Reichsversicherungsgesetzgebung war der Wille, die Rechte der Arbeiter zu schützen, die treibende Kraft, und tatsächlich mußten in diesem Gesetz geringe Verbesserungen mit sehr empfindlichen Verschlechterungen erlaubt werden. Wir wollen es mit diesen Hinweisen genügen lassen, obwohl es noch eine ganze Reihe von Beispielen gibt, die der Reichsgesetzgebung unterliegen und an deren Gestaltung die Gewerkschaften als solche interessiert sind.

Bis weiter geht natürlich das Interesse, welches die Mitglieder der Gewerkschaften an der Reichsgesetzgebung haben. Der Reichstanzler hat in seiner gelegentlich der Beratung der Feuerungsinterpellation im Reichstag

geholtene Wahlrede den „Schutz der nationalen Arbeit“ als Wahlparole verkündet. Das ist so ein verbogener Schlagwort, welches in Wirklichkeit das gerade Gegenteil von dem besagt, was es äußerlich scheint. Es bedeutet Steuerung und Ausbeutung der deutschen Arbeiter; es bedeutet die Einführung von ausländischen Lohndrückern, die den deutschen Arbeitern das Brod nehmen. Der Schutz der nationalen Arbeit im Sinne des Reichstanzlers heißt finanzielle Verteuerung der Lebensmittel, heißt Ausraubung der Massen, um den Großgrundbesitzern die Taschen zu füllen. Der Schutz der nationalen Arbeit ist der Deckmantel für die Viebedarfsförderung im Interesse der Schnapsjunker; mit dieser Flagge werden die unaushörlichen Steuererabzüge gebadet, durch welche die Mittel aufgebracht werden, die Profite der Panzerplattenpatrioten, der Kneipe- und Marinieferanten und der Kolonialinteressenten zu steigern. Gegen den „Schutz der nationalen Arbeit“ in dem Sinne, wie ihn Reichmann Hollweg versteht, werden die deutschen Arbeiter auf das entschiedenst aufzulampen, und die Hoffnung ist begründet, daß der Erfolg bei der Reichstagswahl auf unserer Seite sein wird.

Der Reichstagswahlkampf ist ein Kampf um die Weltanschauung, es handelt sich dabei um die Grundsätze, von welchen sich in den nächsten fünf Jahren die Gesetzgebung leiten lassen soll. Der Kampf wird aber ausgetragen in der Form der Entscheidung zwischen einzelnen Personen, welche von den politischen Parteien als ihre Kandidaten prahlert werden. Für den verständigen Gewerkschaftler ist die Wahl unter den Parteien nicht schwer. Alles, was der Arbeiter als Staatsbürger erstrebt, alle Forderungen, die im Interesse der Gewerkschaften erhoben werden, all das wird rücksichtslos nur von einer Partei verfochten: der Sozialdemokratie. Jeder Gewerkschaftler muß, will er nicht seine Interessen auf das größtmögliche Maß verlieren, für den Kandidaten der Sozialdemokratie stimmen!

Unsere Gegner suchen uns aus dem Verhältnis, in welchem die Gewerkschaften zu der Sozialdemokratie stehen, einen Vorwurf zu machen. Mit der Bezeichnung als „sozialdemokratische Gewerkschaften“, die man uns beigelegt möchte man einen Makel verbinden. Wir regen uns aber darüber nicht auf. Es sind insbesondere die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die christlichen Gewerkschaften, die das Wort „sozialdemokratische“ Gewerkschaften gern betonen, um ihre eigene angebliche politische Neutralität in um so hellerem Lichte erstrahlen zu lassen. Wir können es uns ersparen, das oft widerlegte Märchen von der politischen Neutralität jener Organisationen aufzneuen zu widerlegen. Es gehört eine ganz besondere Naivität dazu, um nicht zu erkennen, in welchem Verhältnis die Hirsch-Dunderschen zu den Liberalen und den Christlichen zum Zentrum stehen. Zwischen den „liberalen“ und den „ultramontanen“ Gewerkschaften einerseits und den „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften andererseits besteht aber ein fundamentaler Unterschied. In jenen Organisationen bemüht man sich, die Arbeiter dazu zu erziehen, sich in den Dienst anderer Gesellschaften zu stellen, sie Parteien dienstbar zu machen, die im Grunde ihres Herzens arbeiterfeindlich gesinnt sind.

Ganz anders ist das Verhältnis zwischen den freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Sozialdemokratie und Gewerkschaften vertreten mit dem gleichen Eifer die Arbeiterinteressen. Der Gewerkschaftler, der sich in der Sozialdemokratie politisch betätigt, kann nie in den Interessenkonflikt geraten, den man bei den Arbeiterabgeordneten des Zentrums so oft beobachten kann. Ein Gegenseitigkeit zu dem samten Zentrumschristen Becker, der am 6. Mai dieses Jahres im Reichstag erklärte, er habe auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften als Gewerkschaftsmitglied gesprochen, hier im Reichstag sei er aber Zentrum abgeordnet, und als solcher müsse er ganz anders stimmen, ist in der sozialdemokratischen Partei und freie Gewerkschaften verfolgt, wenn auch auf verschiedenen Wegen, im wesentlichen das gleiche Ziel, die Förderung des Wohlstands der Arbeiter ist für beide der leitende Grundsatz.

Weil dem so ist, können sich auch dieselben Personen, ohne sich etwas zu vergeben, in der sozialdemokratischen Partei und in den freien Gewerkschaften mit dem gleichen Eifer betätigen, und tatsächlich findet man auch die gleichen Personen vielfach in beiden Organisationen. Aber der Aufgabenteil der gewerkschaftlichen Organisation ist ein

anderer als der der politischen. Die Gewerkschaften sind bestrebt, unmittelbar auf eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter hinzuwirken, während es der Zweck der politischen Betätigung ist, die Gesetzgebung im Sinne einer Förderung der Arbeiterinteressen zu beeinflussen. Auf jedem dieser beiden Gebiete gibt es so viel zu tun, daß ein Übergreifen von dem einen Tätigkeitsgebiet in das andere nicht erforderlich ist, ganz abgesehen davon, daß die Gesetzgebung der politischen Betätigung der Gewerkschaften sehr enge Grenzen zieht.

In diesen aufgeregelten Zeitsäften ist es begreiflich, daß der politisch interessierte Arbeiter, und das ist schließlich jeder, der nicht ganz stumpfsinnig durch die Welt geht, überall versucht, für seine Überzeugung zu wirken. Wir haben aber so viel Gelegenheit, politische Agitation zu treiben, daß wir darauf verzichten können, in den Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften Wahlreden zu halten. Die Wahlagitierung erfordert bedeutende Geldsummen, die von den Arbeitern meist pfennigweise gesammelt werden. Die Versuchung liegt nahe, die Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften als Gelegenheit zu benutzen, Sammlungen zu veranstalten oder aus vorhandenen Fonds Gelder für Wahlkämpfe zu bewilligen. Wo das vorkommt, geschieht es gewiß in der besten Absicht, aber unter Verkenntung der den Gewerkschaften zuliegenden Chancen. Die direkte Dienstarmachung der Gewerkschaftsorganisation für politische Zwecke kann um so leichter unterbleiben, als durch die Beschränkung der gegebenen Grenzen der Partei durchaus keine Mittel entzogen zu werden brauchen. Bei der außerordentlichen Bedeutung der bevorstehenden Wahlen hat jeder Arbeiter ohne weiteres die moralische Verpflichtung, sein Scherlein zu den Wahlkosten beizutragen, und zwar halten wir dafür, daß dieser Verpflichtung aus der eigenen Tasche genügt wird. Nur so kann die Opferwilligkeit der Arbeiter befunden werden, nicht durch Überweisungen aus einem Fonds, dessen Mittel eigentlich für andere Aufgaben im Dienste der Arbeiterbewegung bestimmt waren.

Wir resümieren also: Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder von höchster Wichtigkeit. Die Gewerkschaften selbst müssen aber als unpolitische Organisationen bei der Wahlagitierung völlig außer Betracht bleiben, um so größer soll jedoch der Eifer sein, den die Gewerkschaftsmitglieder entfachen. Sie müssen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen nach Möglichkeit zu steigern suchen und alles daran setzen, den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Die wenigen Wochen, die uns noch vom Wahltag trennen, müssen nach Kräften ausgenutzt werden. Die Dienstleistungen und die persönlichen Opfer, welche die Wahlagitierung erfordert, wollen wir willig auf uns nehmen, damit wir am 12. Januar mit Stolz sagen können: Zu dem erzielten Erfolg haben auch die Gewerkschaften ihr redliches Teil beigetragen.

Der Hamburger Kampf.

Die Vorgeschichte des Kampfes.

N. Wenn man die wahren und lieferen Ursachen dieses seitens der scharfmacherischen Richtung aus dem Arbeitgeberlager von langer Hand vorbereiteten Kämpfes erforschen will, darf man sich nicht beschränken auf die Betrachtung der materiellen Differenzpunkte, wie sie bei diesem wie bei jedem anderen Wahlkampf in die Erscheinung treten, sondern man muß dabei zurückgreifen auf die Entwicklung des Tarifvertragwesens, wie es sich im letzten Jahrzehnt in der Holzindustrie gestaltet hat. In ununterbrochener Anstrengung arbeitete der Holzarbeiterverband auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen hin; die einzelnen Orte wetteiferten förmlich miteinander und nahmen die Hilfe und Unterstützung des Verbandes in ausgedehntem Maße zur Führung ihrer Kämpfe in Anspruch, wobei als schlichtes Ziel fast stets der Abschluß eines Tarifvertrages für den betreffenden Ort mit Erfolg angestrebt wurde. Auf diese Weise erreichten wir, daß bis zum Jahre 1907 in fast allen namhaften Orten Verträge bestanden, die sowohl in ihrem Inhalt als auch bezüglich ihrer Dauer und des Ablauftermins etwas für sich völlig Selbständiges darstellten. Die Führung unserer Lohnbewegung unter einem jolchen System wies natürlich eine große Versplitterung auf, über deren Zweckmäßigkeit in unseren Reihen die Meinungen hie und da geteilt waren, während die Unternehmerorganisation nichts so sehr wie diese Versplitterung

haftete und mit allen Mitteln auf eine Änderung dieses Zustandes hinarbeitete. Das hauptsächlichste Ziel der großen Vergangenheit des Jahres 1907 galt der Schaffung eines sogenannten Meichs für das, und es zeigte sich, daß dieses Ziel bei den Arbeitgebern in allen Teilen des Landes verstanden und unterstützt wurde, es belebte und förderte die Agitation für den Anschluß an den Arbeitgeberverband. Neben vielen anderen schlossen sich auch die Hamburger Arbeitgeber dem Schuhverband an und gegen außer der Führung Althardts im darauffolgenden Jahre mit nach Leipzig zu den dort stattfindenden zentralen Verhandlungen, zu deren Leitung Herr Freiherr v. Berlepsch als Vorsitzender bestellt war.

Wie bekannt, endeten jedoch jene Verhandlungen nicht im Sinne der Herren von der Wasserfontaine und neben diesen machten auch einige andere Scharfmacher aus den Reihen des Schuhverbandes Opposition gegen ihren Vorstand, es sollte eine härtere Tonart gegen den Holzarbeiterverband nach ihrer Meinung klagen greifen. Sie verlangten den Reichstarif spätestens bis zum Jahre 1910 durchgeführt, auch selbst auf die Gefahr hin, daß es dabei zu einigen Vertragsbrüchen und sonstigen Gewaltstrecken kommen müsse. Die Vereinbarungen der Zentralvorstände über die Ausgestaltung und Förderung der paritätischen Arbeitszeit waren diesen Herrschäften nicht in den Aram; sie machten einen dienlichen Lärm innerhalb des Schuhverbandes, so daß sich dessen Vorstand genötigt sah, solche "Sachverständige" energisch abzuschütteln.

Als Antwort darauf wußte Herr Gurlitt nichts Besseres zu tun, als den Austritt der Hamburger Unternehmer aus dem Schuhverband zu betreiben, was ihm tatsächlich unter Anwendung wenig sauberer Mittel auch gelungen ist. Seitdem begeisterte dieser Herr den Schuhverband auf Schritt und Tritt, und nahm sich zu gleicher Zeit vor, seine Hamburger Meister bei der nächsten besten Gelegenheit allein in den Kampf gegen den Holzarbeiterverband zu führen. Den ersten Triumph seiner "erfolgreichen" Taktik feierte Herr Gurlitt bei dem Arbeitsnachweis im Kampf im Jahre 1910. Der Herr hatte sich wiederholt damit gebrüstet, daß in Hamburg die Holzarbeiter auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung nichts mit hineinzutreden hätten und war gerade deshalb dem Schuhverband so spinnefeind, weil derselbe in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnahm. Es kam ihm daher völlig übereinstimmend, daß ganz plötzlich die Hamburger Holzarbeiter einen paritätischen Arbeitsnachweis forderten und diese Forderung trotz der Verblüffung des Herrn Gurlitt innerhalb ganz kurzer Zeit durchführten. Nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber pfiffen auf die Gurlittischen Prinzipien, und das einzige, was er retten konnte, war, daß der Holzarbeiterverband auf die Unterschrift des Schuhverbandes unter das vereinbare Regulativ des paritätischen Arbeitsnachweises verzichtete. Das schien damals keine große praktische Bedeutung zu haben, da die Abwendung den Nachweis anerkannte und mit Ausnahme einiger Großbetriebe sämtliche Schuhverbandsmitglieder zugleich auch der Innung angehörten. Herr Gurlitt aber kündigte dem Holzarbeiterverband und auch dem paritätischen Arbeitsnachweis bittere Feinde an und suchte zur Durchführung seiner Rachepläne um so engeren Anschluß bei den Oberscharfmachern des Arbeitgeberverbandes "Unterelbe".

Es sei auch daran erinnert, daß von dieser Seite ein mächtiger Spaltal ob der im vorigen Jahre zwischen den zentralen Verhandlungskommission und den Centralverbänden vereinbarten Vertragsvorlage gemacht wurde, deren Inhalt von den Herren als etwas ganz Ungehörtes beschrieben wurde. Die Hamburger Kollegen mußten demzufolge, daß sie bei Ausbruch des Kampfes viel weniger wegen ihrer materiellen Forderungen als zur Verteidigung der prinzipiellen Stellung und der Errungenschaften des Verbandes gegenüber den Großscharfmachern sich rüsten mußten, es galt alsdann, diesen Herrschäften zu zeigen, daß in der Holzindustrie kein Raum für ihre Unterdrückungspläne mehr ist.

Außer diesen erwähnten prinzipiellen Gegensätzen, die ihre Ursache in den allgemeinen Verhältnissen und nicht in denen der örtlichen Umstände hatten, stand in Hamburg selbst noch eine andere Frage auf der Tagesordnung, die bei den bevorstehenden Verhandlungen ihre Erledigung finden mußte, nämlich die der Schadenerstattungen gegen unseren Verband. Unser früherer Bevollmächtigter war rechtmäßig zur Zahlung von 6500 M. Schadenerstattung an den Schuhverband verurteilt und die Zahlstelle Hamburg hatte eine neue Klage über 50.730 M. am Halse. Diesem unhalbaren Zustand galt es ein Ende zu machen, wozu ich noch Anzahl unserer Kollegen nunmehr Gelegenheit finden mußte.

Die Kündigung des Vertrages und die Vertragsverhandlungen.

Zum November 1910 wurde der Hamburger Vertrag ebenso wie alle übrigen, die am 11. Februar 1911 abliefern, vom Holzarbeiterverband gekündigt. Da die Hamburger Unternehmer dem Schuhverband nicht mehr angehörten, hätte unser Verband nicht nötig gehabt, diesen Vertrag zugleich mit zu kündigen, wenn nicht die besonderen Umstände dieses bedingt hätten.

Zu Beginn des Monats Februar traten die Parteien in die Verhandlungen ein, ohne daß man sich gegenseitig über seine Absichten und Forderungen genau informierte. Die Unternehmer hatten das dringende Bedürfnis, unsere Forderungen schriftlich präzisiert in die Finger zu be-

kennen, um ihre Gesellschaft desto leichter damit wild machen zu können, und wir hatten nicht nur ein Interesse daran, dieses zu verhindern, sondern waren in erster Reihe verpflichtet, möglichst auf die zu gleicher Zeit in Berlin stattfindenden zentralen Vertragsverhandlungen zu nehmen und alles zu unterlassen, was zur Verschärfung der Situation hätte beitragen können. Auch wollten wir verhindern, daß die Entscheidung für Hamburg im gleichen Augenblick mit derselben für die übrigen Vertragsorte gefällt werde, da der Ausbruch des Kampfes an dem einen Ort sehr leicht auf die anderen hätte ausgedehnt werden können. Wir lehnten es daher ab, unsere Forderungen schriftlich einzureichen und beobachteten in jeder Beziehung so weit als möglich eine abwartende Haltung. Es gelang uns dies auch insoweit, als wir in der Verhandlungskommission eine Vereinbarung durchsetzen, wonach der alte Vertrag auf die Dauer eines Monats — also bis zum 1. März — verlängert wurde. Somit war für die zentralen Verhandlungen freie Bahn geschaffen; das Resultat derselben ist bekannt.

Zugzwischen wurde auch in Hamburg verhandelt; es kam in bezug auf den Inhalt des neu abzuschließenden Vertrages zu folgendem Angebot der Unternehmer: die Arbeitszeit wird am 15. Februar 1913 von 52 auf 51 Stunden pro Woche verkürzt, der Lohn steigt sofort um 2 Pf., am 15. Februar 1912 1 Pf., 15. Februar 1913 1½ Pf. (als Vorausgleich für die Arbeitszeitverkürzung) und am 15. Februar 1914 um 1 Pf. Der Mindestlohn sollte in gleichen Abständen auf 63½ Pf. steigen. Unsere Kommission bezeichnete diese Zugeständnisse als anerkanntswert, es werde sich wohl im großen und ganzen auf dieser Grundlage der Friede erhalten lassen. Wedann kam die Frage des

Arbeitsnachweises

an die Reihe. Bei der Errichtung des paritätischen Arbeitsnachweises im Vorjahr hatte sich der Schuhverband aus prinzipiellen Gründen abseits gehalten, der Nachweis war zwischen uns und der Tischlerinnung vereinbart worden. Somit standen circa 8 Vertragsbetriebe mit 7–800 Arbeitsspielen außerhalb des Arbeitsnachweises, was zu vielen Mühseligkeiten führen mügte. Diese Verzögerung genossen auf der einen Seite den Schuh der Schlichtungskommission, weil sie zum Verträge gehörten, hatten aber andererseits die Möglichkeit, uns unbehindert bekämpfen zu können, weil sie an den Nachweis nicht gebunden waren, während dieser für unsere Mitglieder obligatorisch war. Es waren unserer Kollegen durch diesen Zustand in Wirklichkeit etwa 800 vertraglich geregelte Arbeitsplätze versperrt. Das konnte auf die Dauer so nicht bleiben, deshalb verlangten wir, daß der Schuhverband, wenn er auf der einen Seite Vertragspartei sein wollte, auch andererseits den Arbeitsnachweis anzuerkennen habe.

Die Auffassung unserer Kollegen ging dahin, den Arbeitsnachweis nicht länger den beiderseitigen Kampfeszwecken auszuteilen, es sollte vielmehr lediglich auf eine für beide Teile möglichst vorteilhafte und gut eingerichtete Arbeitsvermittlung Bedacht genommen werden. Der Holzarbeiterverband hatte den paritätischen Arbeitsnachweis längst angestrebt, während die Arbeitgeber und ihre Hintermänner aus dem Arbeitgeberverband "Unterelbe" von dem Prinzip der Parität nichts wissen wollten, sie vertraten den Standpunkt, daß der Arbeitsnachweis den Arbeitgebern gehört. Um diesen Herrenstandpunkt in jeder Beziehung zur Geltung zu bringen, hielten sie so lange, bis der offene Kampf entbrannte war. Die herrschende Richtung im Schuhverband hatte das Bedürfnis und die Absicht, zu kämpfen, sie wollte den Holzarbeiterverband zurückwerfen und dabei zu gleicher Zeit den Arbeitgeber-Schuhverband des Holzgewerbes auf der ganzen Linie zu energetischeren Kampfmaßnahmen aufzehen. Als die Verhandlungen über den neuen Vertrag bei der Regelung der Arbeitsnachweisfrage angekommen waren, schien den Herren die Zeit zum Handeln gekommen zu sein. Diese Frage sollte bei dem beabsichtigten Kampf die Parade abgeben.

Unsere Kollegen forderten zunächst vom Schuhverband die Anerkennung des bestehenden mit der Tischlerinnung erzielten paritätischen Arbeitsnachweises. Als diese Forderung aus den bekannten prinzipiellen Gründen vom Schuhverband abgelehnt wurde, wollten wir uns im Interesse der Erhaltung des Friedens mit folgender protokollarischen Erklärung zufrieden geben: "Der paritätische Arbeitsnachweis erträgt sich auf alle dem Vertrage unterstehenden Branchen und Betrieben."

Die Vertreter des Schuhverbandes aber ließen sich auf gar nichts ein, und schriftlich wie mündlich wurde die Erklärung wiederholt abgegeben: "Der paritätische Arbeitsnachweis wird von dem Arbeitgeber-Schuhverband nicht anerkannt."

Damit war ein neues Vertragsverhältnis mit dem Schuhverband zur Unmöglichkeit geworden. Die Arbeiter wußten sehr genau, warum der Schuhverband den Nachweis ablehnte, sie waren sich nicht im mindesten darüber, daß derselbe sich die Möglichkeit offen lassen wollte, innerhalb der Vertragsdauer neue Konflikte wegen der Arbeitsvermittlung herbeizuführen zu können, bei denen die Arbeiter dann wehrlos wären, weil ja der Schuhverband auf der anderen Seite Vertragspartei war und dem Schuh der Schlichtungskommission unterstand.

Als mit der Verhandlungskommission des Schuhverbandes in seiner Weise eine Einigung möglich war, machten unsere Vertreter den Vorschlag, die Erörterung über die Art der Vermittelungstätigkeit in die einzelnen Branchenkommissionen zu verlegen, wo nach ihrer Meinung die Männer der Praxis sich über diese praktischen Einrichtungen

sehr leicht einigen würden, aber auch das lehnte der Schuhverband ab. Ihm war es nicht um diese praktische Ausgestaltung, sondern um Beseitigung des Nachweises zu tun; an dieser Tatsache ließ sich nicht mehr rütteln.

In der letzten Verhandlung, welche am 17. März stattfand, ist den Herren so eingehend ins Gewissen getreten, wie es nur immer möglich, aber es nutzten alle Worte nichts mehr. Wir machten darauf aufmerksam, daß die Arbeitgeber uns doch nicht etwa zermüten sollten, wegen der Erhaltung des Nachweises in den Kampf einzutreten, denn am Schlusse desselben würden wir ja doch wieder da anfangen müssen, wo jetzt aufgehört würde, die Mitwirkung an der Arbeitsvermittlung würden wir uns bestimmt nicht mehr rauben lassen. Eine Minderheit der Arbeitgeber war dem Frieden auch geneigt, die Kommission trat zweimal zu getrennter Beratung zurück, aber jedesmal überstimmt die Scharfmacher ihre friedliebenden Kollegen, so daß letztere schon Mühe genug hatten, die endgültige Entscheidung dem Gesamtvorstand des Schuhverbandes vorzubehalten. Am 18. März trat dieser Vorstand zusammen, um sich zu erklären, ob es in der Arbeitsnachweisfrage eine Einigung gebe oder nicht. Das Resultat wurde uns am Abend wie folgt zugestellt: "Die vereinten Vorstände haben beschlossen, an ihrem Standpunkt in der Arbeitsnachweisfrage strikte festzuhalten." Damit waren die Wurzel gefallen; eine Einigung war nicht zu erzielen, also mußte der Kampf entscheiden.

In bezug auf den materiellen Inhalt des zukünftigen Vertrages lag seitens der Arbeitgeber das schon eingangs erwähnte Angebot auf eine Stunde Arbeitszeitverkürzung und 5½ Pf. Lohnverhöhung vor.

Unsere Vertreter hatten sich verpflichtet, für die Annahme dieser Vorschläge einzutreten, wenn in der Arbeitsnachweisfrage eine Einigung ergiebt würde. Leider ist es dazu infolge der Haltung des Schuhverbandes nicht gekommen. (Fort. folgt.)

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Monat September bringt in Letzter Regel den günstigsten Stand des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie. Im Laufe des Monats tritt aber auch gewöhnlich der Umschwung ein, so daß die Zahl der Arbeitslosen am Schlusse des Monats wieder höher ist, als am Schlusse des Vormonats. Dieses regelmäßige Bild gibt auch die Berichterstattung über den Arbeitsmarkt im September 1911. Die Andrangsziffer ist gegen den Vormonat zurückgegangen und hat mit durchschnittlich 109,2 Arbeitssuchenden auf je 100 offene Stellen den seit Jahren niedrigsten Stand erreicht. Im August waren auf je 100 offene Stellen 110,5, im Juli 130,5, im Juni 138,8 Arbeitslose gekommen. Die in den letzten Jahren vom August auf den September eingetretene Veränderung im Stand des Arbeitsmarktes ergibt sich aus folgender Übersicht:

	1908	1909	1910	1911
August . . .	210,1	173,9	142,6	110,5
September . . .	195,7	162,0	134,6	109,2
Abnahme . . .	14,4	11,9	8,0	1,8

Verglichen mit den früheren Jahren ist die diesjährige Besserung des Arbeitsmarktes im September nur gering, für die Beurteilung der Gesamtlage kommt aber in Betracht, daß der absolute Stand des Arbeitsmarktes in sämtlichen Monaten dieses Jahres weit günstiger ist als in den entsprechenden Monaten der drei vorhergegangenen Jahre. Auch die Arbeitslosenzählung in unserem Verband ergibt für den September, wie für die meisten Monate dieses Jahres, günstigere Ziffern als in den Vorjahren. Ende September 1908 waren 3,80 Proz. der Mitglieder arbeitslos, 1909 = 2,85 Proz., 1910 = 2,45 Proz., 1911 aber nur 1,43 Proz. Ende August dieses Jahres betrug die Arbeitslosenziffer allerdings nur 1,29 Proz. Es ist also hier gegen den Vormonat eine Verschlechterung zu konstatieren. Diese Unstimmigkeit mit den Ergebnissen der Arbeitsnachweisstatistik findet ihre Erklärung darin, daß sich letztere auf den ganzen Monat, unsere Arbeitslosenzählung aber nur auf den letzten Tag des Monats bezieht, an welchem der günstigste Stand schon überschritten war. Der Ostloher wird bei beiden Zählungen ungünstigere Resultate ergeben.

In den einzelnen Berufsgruppen weicht der Stand des Arbeitsmarktes nicht unerheblich vom Gesamtdurchschnitt ab. Nach der Statistik der Arbeitsnachweise kommen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitssuchende:

	Juli	August	September
Tischler . . .	125,72	106,40	107,50
Drechsler, Wildhauer usw. . .	230,09	208,86	178,53
Böttcher, Kübler, Müller . . .	140,28	117,01	94,54
Blüfften, Kämme u. Korbmacher . . .	189,10	128,87	115,00

Hierach ist nur bei den Tischlern eine Verschlechterung eingetreten, während in den anderen Branchen eine fortlaufende Verbesserung zu konstatieren ist. Am ungünstigsten war der Arbeitsmarkt für Tischler in Lübeck, wo 155,8 Arbeitssuchende auf 100 offene Stellen kamen; das Königreich Sachsen weist 143,9, Preußen 130,0, Brandenburg und Berlin 126,0, Hessen-Nassau 116,5, Bayern 114,1 und Württemberg 111,1 Arbeitssuchende Tischler auf je 100 offene Stellen auf. In den übrigen Landesteilen bleibt die Andrangsziffer unter dem Durchschnitt. Verschiedentlich war sogar das Angebot geringer als die Nachfrage. So kamen in Schleswig-Holstein durchschnittlich 91,8, in Hannover 91,3, in Schlesien 90,6, in Hessen 85,6, in Württemberg 85,4, in Posen 81,6, in der

Warnung vor Zugang!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Bahnhofskontrolle durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

Zu tug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Aue im Erzgebirge (E. Pausch, E. Weiß, A. Studer), Bamberg (Grenz), Hamburg, Hanau (Holzinger), Herford (Stüter), Holzlarthen (Bog), Hunnerdorff bei Augustenburg, Leipzig (Orgelbaudirektor C. Gehlhor u. Co.), Liegnitz (Geisler), Oberhausen i. Rhein (Hommers), Rendsburg (Eisenwerk Karlshütte), Welton i. Markt, Paris.

Modelltischlern nach Elsenkirchen (Schäfer Gruben- und Hüttenverein), Rendsburg (Eisenwerk Karlshütte).

Bartelslegern nach Dresden (Heine), Hamburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Elbinger).

Korbmachern nach Gernsheim a. Rh., Schloßdorf (Wüller), Sellefeld (Allermann), Montrouge.

Stellmachern nach Bochum (Queg).

Klavermachern nach Kreisau (Traugott Berndt).

Stockarbeiter nach Eschwege (Vindensbaum u. Büermann).

Pantinenmachern nach Trennbach.

Schnürlarbeiter nach Alfeld a. d. L.

Schirmmachern nach Berlin (Lichtenstein).

Broding Sachsen 80,9 und in Westfalen gar nur 40,7 arbeitsuchende Tischler auf je 100 offene Stellen.

Bei den Drechslern und Bildhauern ist die Besserung des Arbeitsmarktes nur bei einem Vergleich mit den Vormonaten zu konstatieren, dagegen zeigt der August und September gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahres eine erhebliche Verschlechterung. Im August 1910 waren auf je 100 offene Stellen 151,08, im September 1910 157,87 Arbeitsuchende gekommen. Schließlich, wenn auch nicht ganz so, ist die Bewegung bei den Büsten-, Statuen- und Skulpturen. Im August 1910 betrug der Andrang auf je 100 offene Stellen 129,88, verglichen damit ist also die Andrangziffer im August 1911 um 0,51 zurückgegangen, dagegen brachte der September gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eine Steigerung der Andrangziffer um 12,66.

Während der September in der Regel die günstigsten Arbeitsmarktzziffern aufweist, slaut die Unruhen umfangslust in diesem Monat fast regelmäßig statt ab. In diesem Jahre bleibt die in Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung des Holzgewerbes neuinvestierte Summe mit 524 700 M. noch um 8800 M. hinter der im September 1910 neuinvestierten Summe zurück. In den neun Monaten Januar bis September dieses Jahres wurden insgesamt 11 529 100 M. neuinvestiert gegen 10 753 800 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Von der neuinvestierten Summe in den ersten neun Monaten dieses Jahres entfallen 8 905 600 M. auf 111 neugegründete Gesellschaften, während 17 Gesellschaften ihr Kapital um 2 614 500 M. erhöhten. Bei den Neugründungen wird die Form der Gesellschaft mit beschränkter Haftung sehr bevorzugt. Derartige Gesellschaften wurden im laufenden Jahre 1911 mit einem Kapital von 7 985 000 M. gegründet. Auf die drei neugegründeten Aktiengesellschaften entfällt insgesamt ein Kapital von 920 000 M. Kapitalerhöhungen wurden bei sechs Aktiengesellschaften um 2 340 000 M. und bei elf Gesellschaften mit beschränkter Haftung um 265 500 M. vorgenommen.

Bei den Neugründungen im September handelt es sich meist um bestehende Betriebe, die in Gesellschaften mit beschränkter Haftung umgewandelt wurden. Hier ist zu nennen die Plattenfabrik Geb. Neumeyer, G. m. b. H. in Niedorf. Das Stammkapital beträgt 145 000 M. Geschäftsführer sind Hermann und Walter Neumeyer in Niedorf und Hauptmann a. D. Voß in Neutomischel. Gleichfalls in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist das Karosseriewerk Voß in Wiesfeld umgewandelt worden. Das Stammkapital beträgt 110 000 M. Bureau und Werkstatt für Schuleinrichtungen Hugo Junker u. Co., G. m. b. H. in Wald. Geschäftsführer sind Schreinermeister Hugo Junker in Wald und Stellmacher Richard Vertrams in Wilden. Das Stammkapital beträgt 28 000 Mark. Holzsteinische Büstenfabrik, G. m. b. H. in Bargteheide. Geschäftsführer sind Karl Puppenau in Bargteheide und Friedrich Paul Stolze in Hamburg. Stammkapital 60 000 Mark. Joseph Eich, G. m. b. H. in Köln. Herstellung von Last- und Geschäftswagen. Geschäftsführer Joseph Eich sen. Stammkapital 20 000 M. Berlin-Mariendorff. Holzindustrie Paulian in Berche, G. m. b. H. in Mariendorff. Paulianerei, Holzbildhauer und Innendekorationsgeschäft. Geschäftsführer Ernst Paulian. Stammkapital 20 000 M. — Bei der Pluma-Weißt-Gesellschaft m. b. H. in Münzen ist das Stammkapital von 25 000 M. auf 28 000 M. erhöht worden.

Die Rentabilität der Aktiengesellschaften in der Holzindustrie hat, soweit ein Vergleich mit den Ergebnissen des Vorjahres möglich ist, eine Steigerung erfahren. In den Monaten vom Januar bis September 1911 haben 45 Aktiengesellschaften ihre Bilanzen so veröffentlicht, daß sie mit denen des Vorjahres verglichen werden können. Diese Gesellschaften haben im Durchschnitt 9,4 Proz. Dividende verteilt, gegen 8,9 Proz. im Vorjahr. Im Monat September haben nur zwei Aktiengesellschaften ihre Geschäftsberichte veröffentlicht. Die Weißt-Gesellschaft vom Joh. H. Faber A. G. in Nürnberg verfügt über ein Aktienkapital von 8 200 000 M. Die Hypotheken betragen 216 000 M., die Reserven 1 208 000 M. Bei 183 197 M. (im Vorjahr 188 008 M.) Abschreibungen verbleibt ein Gewinn von 598 002 M. (613 135 M.), wovon wie im Vorjahr 180 000 M. oder 15 Proz. Dividende verteilt wurden. Bei der Schönheider Bürstenfabrik A. G. vor. F. V. Veni beträgt das Aktienkapital 750 000 M., die Hypotheken 145 000 M., die Reserven 60 000 M. Nach 34 507 M. (21 076 M.) Abschreibungen verbleibt ein Gewinn von 94 050 M. (53 507 M.). Neben die Höhe der verteilten Dividende ist nichts bekannt geworden.

Die Einfuhr von Bau- und Nutzholz betrug im September 6 203 610 Doppelzentner im Werte von 29 841 000 M. gegen 5 282 198 Doppelzentner im Werte von 26 275 000 M. im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Gesamteinfuhr in den Monaten Januar bis September betrug 44 846 876 Doppelzentner im Werte von 220 235 000 Mark; im gleichen Zeitraum des Vorjahres wurden 41 677 940 Doppelzentner im Werte von 206 486 000 M. eingeschafft. Die eingeschaffte Menge hat sich demnach um 7,69 Proz. deren Wert um 6,67 Proz. gesteigert. Die Steigerung der Einfuhr ist zum größten Teil dem Kabelholz zugute gekommen. Hierzu wurden 36 760 000 Doppelzentner, das sind um 2 610 168 Doppelzentner mehr als im Vorjahr, eingeschafft. Auch die Einfuhrziffern der übrigen Holzarten weisen meist eine Steigerung auf. Zurückgegangen ist nur die Einfuhr von Grubenholz, Kuhbaumholz und exotischen Hölzern außer Bedernholz, welches letzteres eine kleine Steigerung erfahren hat.

Die Ausfuhr von Holzwaren hat im September eine kräftige Steigerung erfahren. Verglichen mit dem September 1910 ist die Menge der Ausfuhr um 20,80 Proz. deren Wert sogar um 22,96 Proz. gestiegen. Diese Steigerung hat bewiesen, daß die Minderausfuhr der früheren Monate willkürlich ist. In den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden 522 908 Doppelzentner im Werte von 44 120 000 M. ausgeführt, gegen 511 748 Doppelzentner im Werte von 39 043 000 M. im gleichen Zeitraum des Vorjahres, also eine Steigerung der Menge um 2,10 Proz. des Wertes um 13,00 Proz. Auch die Ausfuhr von Besen, Bürsten, Pinseln und Siebwaren ist im September gestiegen. Die Steigerung gegenüber dem September des Vorjahres beträgt bei der Menge 8,00 Proz., beim Wert 2,21 Proz. In den Monaten Januar bis September wurden 22 500 Doppelzentner im Werte von 8 844 000 M. ausgeführt. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es 20 335 Doppelzentner im Werte von 8 208 000 M. Die Steigerung in diesem Jahre beträgt also bei der Menge 11,12 Proz., beim Wert 7,75 Proz.

Bei den Modelltischlern in England.

(Schub) Die Gewerkschaftsarbeit erschwert sich dadurch um ein großes Stück, daß in politischer Hinsicht man alle Richtungen vertreten findet. Da streitet dann nun oft Freihandel gegen Tarifreform, und der verschwindend geringe Aufschwung zum Sozialismus ist an nicht wenigen Stellen gegen die Demagogie dieser beiden nicht fassfest. In Deutschland ist man es zu sehr gewöhnt, eine ziemlich einheitliche politische Ansicht unter den Arbeitern zu finden, und man sieht erst hier ein, wie eine sozialistische Ansichtung die Gewerkschaftsbewegung beeinflußt, idealisiert und erleichtert.

Über die Lohnverhältnisse ist zu sagen, daß in London 45 M. und hier in Manchester 41 M. per Woche bezahlt werden für einen „full Workman“. Und das soll man sein im Alter von etwa 22 bis 23 Jahren, zwei Jahre nach Beendigung der Lehrzeit. Dieser Lohn (Standardlohn) muß der Verbandskollege erhalten bei Strafe des Ausschlusses aus der Organisation. Der Durchschnittslohn nach Verbandsfakten beträgt über ganz England circa 38 M. Doch erniedrigt sich der Satz um ein Bedeutendes, wenn man die Löhne der organisierten und jungen Leute von 19 bis 23 Jahren in Betracht zieht. Die Arbeitszeit beträgt nicht über 54 Stunden. Meistenteils ist sie 52½ Stunden. Vergleiche darüber anzustellen, welchen Kollegen es besser geht, dem deutschen oder dem englischen, ist nun durchaus schwer. Es müßte dann schon möglich sein, die Verhältnisse vielleicht von Berlin und Oberschlesien als einheitliche zu betrachten. Auch müßten dabei nicht nur allein die Lebenskosten in Betracht gezogen werden, sondern auch die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit, die Krankheitsziffer und dergleichen mehr. Eins will ich sagen, und das ist, jene Glendylöhne, wie sie in Oberschlesien und auch in anderen Partien Deutschlands noch vorkommen, die sind in England für unseren Beruf (und ich betone hier das Wort Beruf) nicht zu finden.

Den Wert internationaler Beziehungen hat man wohl noch nicht recht begriffen. Es besteht zwar eine Verbindung mit der Organisation der Modelltischler in den Vereinigten

Städten, doch bin ich über deren Tragweite nicht unterrichtet. Im Report (Zeitung) vom Juli stand ich einen Bericht von einer internationalen Konferenz der Metallarbeiter, an der auch ein Delegierter von der United Patternmaker Association teilnahm. Man steht in dieser Beziehung mehr nach dieser Seite hin und dazu sind auch Beziehungen im Gang, um eine Vereinigung mit der Organisation der Maschinenbauer herzustellen. Diese Verhandlungen sind zwar wieder einmal gescheitert, aber die harde Not wird die Organisationen doch wieder zusammenführen. Diese größere Sympathie nach den Metallarbeitern mag ihren Grund in der Tatsache haben, daß man hier fast nur Modellschreiner findet, die eine Lehrzeit als solche durchgemacht haben. Die Verbindung der umgesetzten Kollegen vom Bau- und Möbelstach ist also nicht vorhanden. Auch ist die Zahl der Modellschreiner und Schreinerarbeiter weit geringer.

Für herüberkommende Kollegen ist etwas Sprachkenntnis und ein voller Satz Werkzeug eine unumgängliche Notwendigkeit. Dann sind Subsistenzmittel für einige Wochen Arbeitslosigkeit nötig. Denn das in unserem Beruf jemand gleich Arbeit bekommt, ist nicht leicht einzunehmen und finanzielle Unterstützung ist von keiner Seite aus zu erwarten. Auch möchte ich jedem Kollegen raten, sich vorher eine Auskunft beim Generalsekretär (Moses) einzuholen. Dieser kann allerdings nur englisch.

Ich bin herübergekommen nach England mit dem festen Vorsatz, mir ein eigenes Urteil zu bilden über englische Verhältnisse. Ich fand nun zwar vieles, was ich mit deutscher Gewerkschaftsansicht und -moral nicht vereinbare könnte. Ich fand aber auch vieles, was in Deutschland in einem schiefen Licht dargestellt wurde und was ich hier verstecken lernte. Bedenkt, bedenkt bietet die Organisation den Kollegen einen sicheren Rückhalt, und wenn ich auch nicht mit allen Einrichtungen und Anschaulichkeiten einverstanden war und bin, so gibt es doch anderseits eine Menge nachahmenswerte Sachen. Den Kollegen selbst muß man nachsagen, daß sie ihrer Verpflichtung gegenüber uns voll nachgekommen sind und wir ihnen viel zu danken haben."

Eine hübsche Schilderung der Formalitäten, die bei der Aufnahme in die Organisation beobachtet werden, enthält der nachstehende Brief, den der humorbegabte Freund unseres Verfasserstatters an diesen gerichtet hat:

Rochester, den 5. Juli 1911.

Mein lieber Karl!

It is done, ich bin nun Member des Patternmakers-Verbandes, die Prozedur war ziemlich schmerhaft, hat mich 5 Schilling gekostet. Was Dir man bloß erzählen, wie's war. Ich bin zunächst schriftlich eingeladen worden, in ihrer nächsten Versammlung zu erscheinen. Des feierlichen Anlasses voll bewußt, habe ich mich rasieren lassen, ein frisches Hemd angezogen und dann hin gespannt wie ein Regenschirm. Da sie haben mich ja ganz freundlich empfangen, meine Personalien aufgenommen und nachher zu meinem größten Erstaunen wieder hinauskomplimentiert. Ich mußte antworten, sagten sie, haben dann die Tür abgeschlossen und wie die Verschwörer beratschlagt, ob ich denn nun ein Fellowmember sein soll oder nicht. Du, ich habe am Schlüsselloch gehockt, das müßte auch machen verstanden habe ich zwar nichts. Und lange hat's gedauert, bald eine Viertelstunde, ehe sie mich wieder reingelassen haben. Dann wurde es feierlich. Die ganzen Mitglieder erhoben sich von ihren Plätzen, ich mußte nach dem Vorstandstisch, der Chair hat einen kleinen Speech an mich gerichtet, von dem ich fast gar nichts verstanden habe because war ich in dem Moment ein bißchen perplex, nur so viel habe ich rausgehört, daß es allerhand Ermahnungen waren, dann allgemeines Stakehands, und ich war froh. Der weitere Verlauf der Versammlung hat mich nicht interessiert, sie haben beschlossen, auszugehen, das seitherige Versammlungslokal war "The Labour Office" vielleicht nicht standesgemäß?, weiter wurde darüber diskutiert, ob sie einem armen Teufel, der mit seinen Beiträgen ausständig war, Unterstützungen zahlen wollen oder nicht, dann Schluss. Anwesend etwa 25 Stück.

Karl, dann muß man aber zugeben, die Kollegen sind überaus nett und freundlich, so herzlich bin ich in Deutschland nirgends aufgenommen worden. Es wird Dich vielleicht interessieren zu wissen, daß die organisierten Kollegen verpflichtet sind, sich gegenseitig mit ihrem Werkzeug auszuhelfen. Beitrag zahle ich wöchentlich 1 Schilling, bin also gleich unterstützungsberechtigt. Für die Briefe und vor allem für die Zeitungsendung meinen besten Dank. Es ist mir ein Beweis, daß doch wenigstens Du mich nicht vergisst. Es gefällt mir eigentlich hier in dem stillen Nest ganz gut, fast war es hier auch, hatte mir einen kräftigen Schnupfen geholt.

Letzten Sonntag habe ich die Membership der "Independent Labour Party" erworben. Ich erinnere mich, daß Du einst sagtest, das wäre man sowieso, wenn man Mitglied einer Trade Union ist, das muß ein Vertraum sein. Oder meintest Du die "Labour Party"? Die "social democratic Party" hat hier überhaupt keine Mitglieder, ist nie gesagt worden. Letzter weiß ich nicht, wieviel die Grundsätze der beiden Parteien, I. L. P. und S. D. P. zusammengehen, aber das weiß ich, daß ich der I. L. P. mit gutem Gewissen beitreten konnte. Das genügt mir wohl nicht mehr. Wenn Du mir wieder mal einen Brief schreibst, dann schreibe doch mal etwas ausführlich über Deinen shop, und vor allen Dingen, wie es Dir nun, da Du Dich jetzt etwas eingelebt hast, geht und gefällt. Wie

geht's mit der Sprache? Ich bin mit meinen Sprachfortschritten nicht zufrieden. Früher hielt ich doch wenigstens unter dem bescheidenen mit zur Verfügung stehenden Wortschatz vorsichtig Auswahl, ehe ich etwas sagte, jetzt spricht ich ohne Überlegung allerhand raus, und wenn ich's nachher überdachte, was ich gesagt habe, war's entirely wrong. Es grüßt Dich herzlich Dein fraternaly Emil.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitung ist der 10. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Die Branchenkonferenz der Stellmacher, die für den 20. November nach Berlin einberufen ist, beginnt vormittags 10 Uhr in Düsseldorf. Neue Friedrichstraße 14. Jeder Delegierte muss mit einem Mandat versehen sein, das von der Volksverwaltung der betreffenden Zahnstelle ausgestellt und mit dem Zahnschleifstempel versehen ist. Ferner wird erachtet anzugeben, zu welcher Zeit und auf welchem Bahnhofe die Delegierten einzutreffen beabsichtigen. Wünsche um Beschaffung von Looptis werden bis zum 22. d. M. erbeten. Vogelsarten werden im Gewerbeschauhaus, Engelstor 15, ausgegeben. Kollegen, die auf der Stadtbahn ankommen, bitten wir, bis zum Schlesischen Bahnhof zu fahren. Als Abzeichen ist die „Holzarbeiterzeitung“ sichtbar zu tragen. Auf allen Fernbahnhöfen werden Kollegen zur Abholung bereit sein.

Aus dem Verbande ausgeschlossen wurden wegen Streikbruch auf Antrag der Zahnstellen Ahrensburg der Tischler Friedrich Meiss; von Lübeck die Stuhlbauer Paul Bräuer, Albin Kramer, Karl Salter und der Polierer Robert Schenke; von Berlin die Tischler Paul Hilgner und Josef Murkowski, der Möbelpolierer Otto Weichert, die Maschinenarbeiter Karl Kleinert und Vincent Ossowski, der Kammacher Hugo Wehr, der Parkettflieger Karl Neuwiger, die Vergolder Karl Vorher, Albert Gopelski, Anton Zapolski und Karl Wegel, die Holzleiterputzer Karol Zapolski und Stanislaus Zapolski; von Erfurt die Tischler Karl Ehrlich, Fritz Hergt und Rudolf Heß; von Großenhain der Tischler Bruno Schurig; von Görlitzminde der Tischler August Schlüter; von Marktstädt der Tischler Theodor Hesse; von Olbernhau der Polierer Eduard Müller und die Holzarbeiter August Glößer und Robert Kempe;

wegen Sperrebruch auf Antrag der Zahnstelle Witten die Tischler Heinrich Becker und Wilhelm Pfeifer;

wegen Betrug auf Antrag der Zahnstelle Berlin die Tischler Albert Bankenius, Otto Kramer und Artur Potraß;

wegen Überzeitarbeit auf Antrag der Zahnstelle Berlin der Tischler Gustav Hoffmann, der Maschinenarbeiter Hermann Meißner und der Möbelpolierer Karl Redlich;

wegen Verstoß gegen die Vertragsbestimmungen auf Antrag der Zahnstelle Berlin der Modelltischler Willib. Löbereng; von Bremen die Tischler Hermann Weinert und Wilhelm Weinert;

wegen Unförmigkeiten Verhaltens auf Antrag der Zahnstelle Bremen der Schiffszimmerer Albert Steinmöller.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsrücker sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

19. Karl Koblenzer, Tischl., geb. 1. 7. 60 zu Neuendorf, 8243 Paul Benja, Tischl., geb. 9. 6. 81 zu Sassenburg, 180459 Otto Mahn, Stellm., geb. 13. 2. 81 zu Wintershagen, 225015 Gust. Schulz, Polierer, geb. 27. 4. 73 zu Preissenbach, 262803 Job. Heitmann, Tischl., geb. 7. 2. 83 zu Delmenhorst, 282287 Job. Schleifer, Schneidem., geb. 31. 12. 50 zu Oberhönnausse, 292121 Wilh. Baier, Tischl., geb. 20. 4. 89 zu Fürth, 318803 Georg Amann, Tischl., geb. 8. 4. 86 zu Schröbenhausen, 366511 Willi Richter, Masch.-Arb., geb. 3. 5. 81 zu Berlin, 363102 Adolf Berthold, Tischl., geb. 13. 4. 89 zu Weissig, 379292 Herm. Kruse, Tischl., geb. 22. 2. 93 zu Neudamm, 381634 Otto Boldt, Tischl., geb. 4. 1. 89 zu Berlin, 45812 Franz Dircksen, Holzarb., geb. 15. 3. 91 zu Fürth, 472399 Aug. Cording, Tischl., geb. 23. 6. 92 zu Langen, 494123 Aug. Klostermann, Tischl., geb. 4. 10. 91 zu Bremen, 504698 Georg Nohow, Tischl., geb. 25. 11. 91 zu Berlin, 516509 G. Trint, Tischl., geb. 10. 3. 73 zu Amtig, 515426 Max Hobus, Polierer, geb. 2. 4. 87 zu Lichtenberg, 561318 Arnold Kreiser, Tischl., geb. 18. 9. 81 zu Schleiden, 592363 Heinz Bisch, Tischl., geb. 25. 10. 55 zu Hamburg.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Vergolder.) Die Versammlung der Rahmenvergolder am 7. November nahm Stellung zu dem kurzen Eingriff des Obermeisters der Innung, Albert Sudow, im „Berliner Volks-Anzeiger“: „Was soll mein Junge werden?“ Herr S. hatte dort auf eine Warnung des Gehilfenausschusses an die Eltern schulentlassener Kinder, ihren jungen Vergolder lernen zu lassen, mit einem Gesichtshilf geantwortet, welches größtenteils der Wahrheit direkt widersprechende Angaben enthält. So behauptet er, daß im ganzen Innung nur 18 Lehrlinge beschäftigt würden. Wie jedoch in der Versammlung festgestellt wurde, sind zurzeit bei Innungsmeistern 34 Lehrlinge beschäftigt, darunter 2 in einem Leistungsbetriebe. Selbst nach dem Handwerksamtsbericht, zu dem ja Herr Sudow das Rahmenmaterial liefert, beträgt die Zahl der Lehrlinge für 1909: 29 und für 1910 bei Richtinnungsmeistern 18

und bei Innungsmittgliedern 81 Lehrlinge. Demnach trifft die Behauptung des Gehilfenausschusses vollständig zu, daß auf je 8 Gehilfen ein Lehrling kommt, trotzdem im Gewerbe bis zu 35 Proz. der Gehilfen arbeitslos sind. Die Diskussionsredner äußerten sich in schiefen Worten. Von den Arbeitslosen behauptet der Obermeister kurz und bündig, daß diese nicht zu denen gehören, die was Bedeutendes gelernt haben! Ohne Ausnahme: Der Arbeitsvermittler begnügte sich noch besonders, daß es außerordentlich schwer sei, Arbeitskräfte zu vermitteln, jeder Arbeiter, und wenn auch nur schwache Arbeit gefertigt wird, verlangt allererste Kräfte, dabei nicht zu alt und nicht zu jung. Aber selbst zu geben, es bestanden sich eine ganze Reihe Minderleistungsfähiger unter den Arbeitslosen, so liegt die Schuld an dem betreffenden Meister, der diesen Mann ausgebildet hat. Aber das ist es ja gerade, man will nur Leute zum Ausbilden, nicht zum Ausbilden. Für die Ausbildung wird für die meisten Lehrlinge so gut wie gar nichts getan. In München besteht zum Beispiel eine Fachschule für Vergolder, bei der ein Kollege das Lehramt inne hat, aber der Berliner Obermeister erklärt, daß sei kein Geld vorhanden. Kurzum: beim Sprechen des Obermeisters „daß die Zeit nicht mehr ferne sei, wo das Vergoldenhandwerk als eins der schönsten und edelsten Kunsthandwerke von jedem anerkannt werden wird“, steht die Tatsache entgegen, daß vor 20 Jahren noch einmal so viel Vergolder in der Branche tätig waren, und daß von jedem Einsichtigen ohne weiteres angegeben wird, daß das Rahmenvergoldergewerbe mit mathematischer Gewissheit dem Untergang geweiht ist.

(Stellmacher.) In der am 26. Oktober stattgefundenen und gutbesuchten Branchenversammlung ist nach eingehender Diskussion ein Antrag angenommen, der besagt, daß bei Lohnbewegungen nach bestimmtem Tarifmuster verhandelt wird. Die Notwendigkeit ist in diesem Sommer bei den Bewegungen in den einzelnen Betrieben in Berlin und auch in anderen Betrieben im Reich klar zutage getreten. Die Branchenkommission der Stellmacher beschäftigt sich mit einem derartigen Tarif, welcher sich den Grundtarif der Zentralkommission zunutze macht, in dem aber die neuen Typen berücksichtigt werden. Es ist der Kommission leider nicht möglich gewesen, selbigen in der Holzarbeiterzeitung zu veröffentlichen; sie wird den Entwurf den Delegierten unterbreiten. Die Delegierten werden erachtet, sich genau mit den Verhältnissen am Ort vertraut zu machen, damit dann eine größere Einheitlichkeit der Akkordpreise erreicht werden kann. Außerdem beantragt die Sektion noch nachträglich für die Konferenz, die Kollegen zu einer einheitlichen Benutzung der paritätischen oder Verbandsarbeitsnachweise zu verpflichten, der Teilarbeit im Metzgerbetrieb entgegenzuwirken, sowie eine einheitliche Agitation in den Staatswerkstätten anzustreben.

Darmstadt. Um den noch vielfach bei Kollegen herrschenden Glauben zu beheben, unsere hiesige Möbelindustrie viele den hier arbeitenden Kollegen Gelegenheit, neue Stillformen und wirtschaftliche künstliche Arbeiten kennenzulernen, haben wir uns veranlaßt, auf die in Darmstadt herrschenden Auslände hinzuweisen. Die Darmstädter Möbelindustrie hat ihren früheren guten Ruf zum großen Teil schon verloren und verliert ihn von Tag zu Tag mehr, dank der Preislogiken einzelner Unternehmer, allen voran die jungen. Alter. Während der vor einigen Jahren verehrte Senior des Geschäfts es verstand, seiner Firma einen Weltmarkt zu verschaffen, in das Geschäft jetzt dank der „Beschäftigung“ bei oberen Leitung daran, auf gleiche Stufe mit vielen anderen Betrieben herabzufallen. Jeder neue technische Betriebsleiter — oder neue Kaufmeister — führt neue Methoden ein, dockt eine Zeitlang herum, um dann wieder zu verschwinden. So hat jetzt seit einigen Wochen diese Firma sich in der Person des eine kurze Zeit dahinlaut gewesenen Werkmeisters Zint aus Steinbach in Württemberg einen neuen Betriebsleiter zugelegt. Der Betrieb zum größten Teil Kundenschafft herstellend, wird nunmehr zur Massenfabrikation umgestaltet. Dabei werden die schon aufs äußerste ausgenützten Kräfte der dort beschäftigten Kollegen zu einem Abgangsalarm von 10 bis 20% pro Stunde noch nicht angepaßt. Wie lange dieser Meister im Betriebe seine „bewährten“ Kunststude treibt, dürfen unsere Kollegen wohl noch abwarten können. Eines Tages wird es auch ihm gehen, wie so manchem seiner Vorgänger und wird er dann nur eine sich für den Betrieb nicht bewährende Methode der Arbeitsteilung hinterlassen. Müssten doch Schlosser, Taglöhner und Weißbinder mit Hobel und Pinsel in der Hand an der Werkbank stehen und Schreinerarbeiten verrichten, während man die Schreiner nach Diskredit entläßt. Wie die Zustände in diesem Betrieb beschaffen sind, erheilt daraus, daß innerhalb eines halben Jahres über 200 Kollegen dort die Arbeit wechselten. Der Betrieb Glüdert hat wenig Arbeit auszuweisen und stehen dort eine Anzahl Bänke leer. Die Darmstädter Möbelfabrik G. m. b. H. beschäftigt nur einen kleinen Stammpersonalstab, um den Titel „Hofmöbelfabrik“ führen zu können, während der größte Teil der verkauften Waren von auswärts bezogen und als „Darmstädter Kunst“ in die Welt geschickt wird. So bleiben nur noch die Firmen Ehardt und Jos. Trier, Hofmöbelfabrik, übrig, welche beide aber wenig Bedarf an Arbeitskräften haben, da sie verhältnismäßig Weise in ihrem Interesse bestrebt sind, sich ihren Stamm geschulten Arbeitskräften zu erhalten. Die Kollegen Deutschlands mögen daher auf die von Zeit zu Zeit erscheinenden Zeitungsanzeigen nicht hereinfallen. Es wird ihnen wohl immer dauernde Arbeit versprochen, doch plötzlich liegen sie mittler im Winter wieder auf der Landstraße. Es besteht am Orte ein Arbeitsnachweis und ist es möglich aller Kollegen, nur durch diesen in Arbeit zu treten. Bei der Firma Neumann u. Grüning kann man dieses täglich beobachten. Auf das Ansuchen der Kollegen, statt der Entlassungen die Arbeitszeit zu verkürzen, wurde brüsk erwidert, daß dieses nicht ginge. Ebenfalls scheint man hier ein großer Feind von frischer Luft zu sein, denn durch An-

schlag wird jedem sofortige Entlassung angedroht, der es wagt, das Fenster zu öffnen. Das sind in dem Raum, in dem 20 Mann arbeiten, die Zustandsverhältnisse bei der starken Staudenentwicklung und dem Feindgeist nicht die besten. An den Kollegen wird es nun liegen, durch Einigkeit und Geschlossenheit auch diese Krise zu überwinden. Alle auswärtigen Kollegen möchten wir ersuchen, nicht in Erfurt in Arbeit zu treten, ohne Erlaubnisse eingeholt zu haben. Wünschen ist streng verboten.

Die lokale Sektion versammlung der Modelle ist sich er beschäftigte sich auch mit der Abhaltung einer Modellfachkongressen. Man war allgemein der Ansicht, daß in Abbruch der ganz veränderten Verhältnisse eine Konferenz wohl am Platze sei. Soll doch die Zahl der Kollegen seit Ende im über die Hälfte gestiegen. Auch versprechen sich die hiesigen Kollegen viel von der Versprechen der Streikarbeit, unter welcher die Kollegen bei der letzten Lohnbewegung hier am Ende besonders zu leiden hatten.

Hamburg. Am 4. November fand eine sehr gut besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, zu der besonders auch die Frauen eingeladen und zahlreich erschienen waren. Kollege Schulz aus Lübeck hielt einen interessanten Vortrag über die gegenwärtige Tendenz. Am Schluß seiner Ausführungen freiste der Redner auch die schweren Rümpfe des Holzarbeiterverbandes in den letzten Jahren. Es ist uns fast immer gelungen, den Ansturm der Arbeitgeber zurückzuschlagen und ihnen bedeutende Lohn erhöhungen und Arbeitszeitverkürzung abzuringen. Deshalb ist es auch Pflicht eines jeden unorganisierten Holzarbeiters, sich vor Einsetzen der nächsten schweren Lohnbewegung dem Verbande anzuschließen. Der Vortrag wurde mit Beifall aufgenommen und die Kollegen werden ihr möglichstes tun, um den Schlussfolgerung des Redners: „Jeder Holzarbeiter gehört in den Deutschen Holzarbeiterverband!“ zur Wahrheit zu machen.

Herne. Der größte am Orte befindliche Schreinereibetrieb, H. & W. Venhoff, mit etwa 30 Wölfen, ist dieser Tage vollständig abgebrannt. In diesem Falle brauchen die Kollegen die Arbeitslosenunterstützung des Verbandes glücklicherweise nicht in Anspruch zu nehmen, da der Betrieb an anderer Stelle fortgeführt wird. Da das aber nicht immer so ist, mag der Fall denen zur Warnung dienen, die da glauben, den Verband wegen ihrer Lebensstellung nie zu brauchen.

Reich. Bei der Firma Heinrich Krause besteht immer noch das hölzerne und Logiswesen, welches unseren Kollegen aber nicht behagt. Auf Ansuchen stellt es der Meister frei, außer im Hause zu wohnen. Der Lohn sollte bis jetzt 27 M. pro Woche betragen, wovon 14 M. für Post und Vogels abgingen. Doch aber wollte der Meister unsere Kollegen mit 24 M. abspeisen. Erst das Eintreten der Organisation und der Hinweis auf das Werbegesetz brachte den Meister zur Einsicht. Unsere Kollegen haben mir die Wertstelle herlassen und bitten, wie alle Kollegen, vor Arbeitsaufnahme bei diesem Meister sich erst bei der Lohnverwaltung zu melden.

Dort. Die hiesige Spezialfabrik für Bureauausstattungen von Stolzenberg verneigt ihren Arbeitern immer noch das Konkurrenzrecht. Wenn Eingänge der Organisation möchte die Firma natürlich ihre Arbeitsbedingungen etwas modernisieren, und das will sie um jeden Preis verbüten. Neben niedrigen Löhnen besteht noch kostspielige Arbeitszeit. Da die Produkte dieser Firma, wie Bureaumöbel, Schreibmöbel usw., auch den Gewerbeauftrag, Genossenschafts- und Parteibüros angeboten werden, und diese mehrfach bei unserem Stützpunkt Würzburg aufgetreten, mündete dieser sich in der Bitte um Auskunft über ihre heutige Stellung zum Konkurrenzrecht an die Firma. Wenn der Gouvernementsgläubiger die Firma Stolzenberg sei vielleicht so viel mit der Zeit vorausgesetzt, daß sie heute dieses geschäftlich gewohnte Recht auch ihrerseits anerkenne, so würde er enttäuscht. Die Firma antwortete nicht und verneigt somit dieses Recht auch zukünftig. Nun, den Verband wird sie damit doch nicht von ihrer Tarnfarbe erhalten, sie wird aber kaum befürchten brauchen, daß sich nun Arbeitserorganisationen um ihre Möbel reißen.

Point. (Vergolder.) Die hiesige Münchener Leinwandfabrik sucht seit einiger Zeit nach einem Teil der Arbeiter auf längere Zeit und für den Fall, daß einmal Differenzen entstehen könnten, zu sichern. Durch Vermittlung ihrer Geschäftsrätsenden eingestellt sie Arbeiter mit Verträgen auf die Dauer von zwei Jahren. Leider sind schon einige Kollegen auf diesen Deal eingegangen und haben sich auf diese Weise dem Unternehmer mit Haft und Fächer verschrieben. Die Differenzen in diesem Betrieb sind schon chronisch geworden. Wer gegen den Stachel läuft, fliegt auf das Pflock. Am Allerheiligentag, in Dachau ein gesetzlicher Feiertag, mußte gearbeitet werden, und zwar auf ausdrückliches Verlangen ohne prozentualen Zusatz. Leider lieken sich die Arbeiter durch Drohungen einschüchtern. Unheimlich haben sie vergeben, daß die Firma auf die Arbeiter doch recht wenig Rücksicht nimmt. Es sei mir auf die reduzierte Arbeitszeit von vier Tagen in der Woche in diesem Sommer hingewiesen. Einigen Arbeitern ist die 4-Stundige Arbeitszeit anscheinend noch nicht lang genug und deshalb trauten sie noch an den Sonntagen. Faßt nun einem vertraglich gebundenen Arbeiter der Zustand in diesem Betrieb nicht, so kann er nichts machen und ist dem Willen des Unternehmers ausgeliefert. Es kann nicht dringend genug darauf gewarnt werden, sich durch Verträge ohne weiteres zu binden. Der Schaden ist nicht so leicht wieder gut zu machen. Der Bayrischer Leinwandarbeiter dagegen sei eindrücklich aus Herz gelegt, die persönlichen Differenzen hinzu stellen und dem Unternehmer in geschlossener und um so entschiedener Weise gegenüberzustehen.

Mothenburg a. d. E. In den Werkstätten und im persönlichen Verkehr haben die meisten Kollegen über alles mögliche zu klagen, aber in die Versammlungen zu gehen, dort ihre Beschwerden und Wünsche vorzutragen und mit zu beraten, um Besserung zu schaffen, halten die wenigsten für notwendig. Am Sonnabend, den 25. November, findet unsere nächste Mitgliederversammlung statt, in der unser Vorsteher Kollege Stein rechtfertigen wird. Wie wollen hoffen, daß kein Mitglied der Versammlung fernbleibt.

Tangermünde. Am 4. November fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in welcher Kollege Gorgas-Magdeburg das Thema: „Zweck und Ziel des Verbandes und die heutige wirtschaftliche Lage“ behandelte. Da es leider ein großer Teil der Kollegen vorgezogen hatte, die Schläfmühle über die Ohren zu ziehen oder sich von dem bürgerlichen Klimbim betäuben zu lassen, ließ der Versammlungsbetrieb viel zu wünschen übrig. Kollegen, es kann nicht so weitergehen, wenn es Euch ernst ist mit Eurer Organisation. Die Schiffbauer und Korbmacher sind hier gut organisiert, nur müssten sich die Kollegen einiger sein in ihrem Wollen. Die persönlichen Beschäftigten müssen verschwinden, wenn wir vorwärts kommen wollen. Die Schiffbauer sollten endlich dafür sorgen, daß ihre Arbeitgeber ihnen eine bessere Behandlung zuteilt werden läßt. Unter den Tischlern sieht es hier traurig aus. Darum wäre es nötig, daß sich die Kollegen der Verwaltung zur Verfügung stellen zwecks Agitation. Die Arbeitsvermittlung der Korbmacher geschieht nur durch die Volksverwaltung. Das Anfragen bei den Arbeitgebern sowie das Umschauen ist im Interesse der Kollegen zu unterlassen. Anfragen sind zu richten an M. Wagner, Tangermünde, Scheunenstraße 6. Begegnet. Die gute Konjunktur in unserem Bezirk und unsere rege Agitation haben bewirkt, daß unsere Mitgliederzahl von 300 auf 450 gestiegen ist. Leider werden aber die Mitgliederversammlungen nicht so besucht, wie man es nach den Vemühungen der Ortsverwaltung erwarten sollte. Die Kollegen müssen ihre Trägheit unbedingt ablegen, wenn die Organisationen Erfolge erzielen soll. In leichter Zeit ist es uns auch gelungen, bei den Arbeitern der Postsverwaltung der Firma Lührsen den Organisationsgedanken zu wecken. Um dem entgegenguarbeiten, hat die Firma Lührsen flugs 21 Vorarbeiter ernannt, aber unbestimmt darum, muß es hier weitergehen; wir müssen versuchen, auch diese Vorarbeiter für uns zu gewinnen, dann ist der Erfolg der Firma zu Wasser geworden. Wenn nun die Kollegen mitmachen, dann muß uns dies gelingen.

Welschnaufer. In unserer letzten gutbesuchten Mitgliederversammlung wurden die Verhältnisse in der Bau- und Möbelsticherei von Julius Kierl einer scharfen Kritik unterzogen. Herr Kierl sieht es, seine Arbeiter mit den gemeinten Schimpfwörtern zu belägen. Ausdrücke wie Pengel, Lümmel, Expresser usw. sind bei ihm an der Tagesordnung. Er bringt es aber auch fertig, gegen die Kollegen handgreiflich zu werden. Dass die Kollegen dann, wenn sie darauf aufzuhören, die Papiere aus der Polizei holen und den verdienten Lohn erst ausspielen müssen, ist nicht weiter mehr auffällig. Da Herr Kierl die Tischler meistens von den Arbeitsnachweisen unserer Kollegen besticht und auch die Löhne hier am Ende zu den Mieten und Lebensmittelpreisen in keinem Vergleich stehen, wäre es gut, wenn sich die nach hier kommenden Kollegen vorher bei der Volksverwaltung über die hiesigen Verhältnisse erkundigen.

Eterbetal.

Jacob Seipel, 20 Jahre alt, gest. zu Kassel (Lungenentzündung).

Wilhelm Häfner, Holzarbeiter, 50 Jahre alt, gest. 18. Oktober 1911 zu Königstein a. S.

August Wilhelm Gansauge, 68 Jahre alt, gest. 18. Oktober 1911 zu Leipzig.

Karl Genster, Vorsteuerzüchter, 81 Jahre alt, gest. 23. Juli 1911 zu Nürnberg.

Karl Kleinert, Schuharbeiterin, 28 Jahre alt, gest. 20. Okt. 1911 zu Schmölln (Lungenentzündung).

Richard Reimer, 28 Jahre alt, gest. 27. Oktober 1911 zu Gernigswalde (Lungenentzündung).

Oswald Christoph, Tischler, 21 Jahre alt, gest. 31. Oktober 1911 zu Ilmenau (Lungenleiden).

Ernst Rost, Tischler, 51 Jahre alt, gest. 14. Oktober 1911 zu Friedland. M. (Herzleiden).

Karl Malid, Tischler, 53 Jahre alt, gest. 28. Oktober 1911 zu Gämert.

Konstantin Hösundert, Tischler, 56 Jahre alt, gest. 22. Oktober 1911 zu Breslau.

Paul Butkusch, Polizier, 38 Jahre alt, gest. 23. Oktober 1911 zu Breslau.

Robert Mette, Maschinenarbeiter, 41 Jahre alt, gest. 25. Oktober 1911 zu Breslau.

Adolf Lampe, Tischler, 21 Jahre alt, gest. in Hannover (Lungenleiden).

Richard Berche, Stuhlbauer, 28 Jahre alt, gest. 23. Oktober 1911 zu Garbsen. S.

Johann Löbel, Tischler, 65 Jahre alt, gest. 23. Oktober 1911 zu Nürnberg. M. (Lungenentzündung).

Johann Böttcher, Tischler, 50 Jahre alt, gest. 23. Oktober 1911 zu Nürnberg.

Margarete Lang, Weißfutterarbeiterin, 50 Jahre alt, gest. 27. Oktober 1911 zu Nürnberg.

Konstantin Möllnig, 57 Jahre alt, gest. 22. Oktober 1911 zu Flensburg.

Max Gründmann, Stuhlbauer, 38 Jahre alt, gest. 27. Oktober 1911 zu Waldheim (Darmverschlingung).

Leopold Tuchowski, Tischler, 50 Jahre alt, gest. 21. Oktober 1911 zu Bözen (Lungenentzündung).

Heinrich Lang, Maschinenarbeiter, 24 Jahre alt, gest. 17. Oktober 1911 zu Fürth (Betriebsunfall).

Max Müllig, Polizier, 38 Jahre alt, gest. 6. November 1911 zu Waldheim. (Magenleiden)

Georg Stein, Tischler, 37 Jahre alt, gest. 31. Oktober 1911 zu Weitnau. (Lungenentzündung.)

Vonis Tribsche, Kistenmacher, 55 Jahre alt, gest. 7. November 1911 zu Leipzig.

Ehre ihrem Andenken!

Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

In Eilebrücke gelang es den Arbeitnehmern nach eingerichteter Ablösung im Verhandlungswege eine Erhöhung der Altkordpreise um 2 bis 3 Pf. pro Werk durchzusetzen. Die Meister sträubten sich am meisten gegen die tarifliche Festlegung dieser Preise, doch willigten sie schließlich auf ein Jahr ein.

In Holzbrücke legten wegen Ablehnung der Forderung des 5-Uhr-Arbeitschlusses an den Samstagen sämtliche

Kollegen bei Schreinermeister Vogl die Arbeit nieder. Dieser Betrieb ist deshalb bis auf weiteres gesperrt.

In Barthim haben fast auch die Berggoldener die Herausgebung der Arbeitszeit von 60 auf 57 Stunden nebst einer Lohn erhöhung von 4 Pf. durch Verhandlungen erreicht.

In Mendenburg-Budelsdorf sind die Holzarbeiter der Carlshütte in den Aussand getreten. Zugang von Tischlern, Modelltischlern, Kistenbauern und Stellmachern ist fernzuhalten.

In Treuenbrietzen stehen seit vier Wochen 22 organisierte Parteien in einem Streit. Sie fordern eine ganz minutiöse Aufzeichnung der bestehenden Löhne. Trotzdem dieselben nichts unversucht gelassen haben, sich auf gütlichen Wege mit den Betriebsfabrikanten zu einigen, lehnen letztere jede Verständigung furzehand ab. Die Herren erkennen an, daß die Löhne sehr wohl eine Erhöhung vertragen könnten, denn einzelne zahlten den Arbeitswilligen die geforderten Löhne. Es haben sich bisher sechs Arbeiter gefunden, die es mit ihrer Ehre in Einklang brachten, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Die kämpfenden Kollegen sind fast entschlossen, auf ihren Forderungen zu bestehen. Mag auch der Geschäftsgang in der Industrie augenblicklich nicht besonders günstig liegen, so werden doch bessere Zeiten kommen.

In Böhlen ist der Streit in der Tischlerei Niemann nach fünfjähriger Dauer zugunsten der Kollegen beendet. Die Kollegen müssen ihre Trägheit unbedingt ablegen, wenn die Organisationen Erfolge erzielen soll. In leichter Zeit ist es uns auch gelungen, bei den Arbeitern der Postsverwaltung der Firma Lührsen den Organisationsgedanken zu wecken. Um dem entgegenguarbeiten, hat die Firma Lührsen flugs 21 Vorarbeiter ernannt, aber unbestimmt darum, muß es hier weitergehen; wir müssen versuchen, auch diese Vorarbeiter für uns zu gewinnen, dann ist der Erfolg der Firma zu Wasser geworden. Wenn nun die Kollegen mitmachen, dann muß uns dies gelingen.

In Waldheim sind die Differenzen in der Stuhlfabrik Otto u. Zimmermann am 6. November durch Verhandlungen der beiderseitigen Organisationsvertreter beigelegt worden. Die Firma verpflichtet sich, allen in die Polizei- und Beizabteilung eingestellten Arbeitern nach dreiwöchiger Beschäftigung mindestens 40 Pf. Stundenlohn zu zahlen, innerhalb einer Woche einen Altkordtarif zu verabschieden und, falls eine Vereinbarung nicht zustande kommt, nach dem bestehenden Stundenlohn zu entlohnen. Neuinstellungen ungelehrter Arbeiter sollen nicht mehr erfolgen und sollen Entlassungen wegen Arbeitsmangel nur nach der Reihefolge der Einstellung mit den zuletzt in Arbeit Getretenen beginnend, vorgenommen werden.

Aus der Holzindustrie.

Eine grausame Terroristensagegeschichte.

die zuerst als „Gingesandt“ in der „Zeitung für Hinterpommern“ in Stolp gestanden hat, macht jetzt ihren Weg durch die „gutgestimte“ Presse des Ostens. Danach sei ein Tischler in Stolp, „um endlich vor den höhnenden Verfolgungen und dem beunruhigenden Drängen der Sozialdemokraten Ruhe zu finden“, dem Deutschen Holzarbeiterverband beigetreten. Als der Streit kam, war er gezwungen, mitzumachen. Nach einiger Zeit trat er aber aus dem Verband aus, um die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber ihm sowie seiner Frau und seinen Kindern wurde das Leben so zur Hölle gemacht, daß er sich entschloß, Stolp zu verlassen. Da aber fanden die schlimmen Verbänder und besetzten seine Sachen mit Beschlag. Total verängstigt ließ der Arme mit Frau und Kindern alles im Stich und floh nach Tribsees. Aber auch hier war er nicht sicher, die Sozialdemokraten setzten ihr Treiben den Mann zu ruinieren, fort. Er setzte, infolge der Peine niedergebrochen, seine Flucht fort und kam mit Frau und Kindern nach Anklam. Hier nahm er Arbeit, aber bald darauf starb er. Nach wenigen Wochen folgte ihm auch die Frau in den Tod. Sie hatte sich in der Sorge um die Kinder überarbeitet, und die erlittenen Verfolgungen hatten zur Beschleunigung ihres Endes beigetragen. Die armen Kinder wurden nun als Waisen aufgeschoben, da erschien als rettender Engel eine aus Stolp gebürtige Offiziersfrau in Anklam, welche die Kosten für die Kinder übernahm und für ihre Erziehung sorgte. — Soweit die Hinwendung; den redaktionellen Ernst den die „Zeitung für Hinterpommern“ dazu gibt, können wir mit Stillschweigen übergehen.

Bon unserem Gaubossenheer wurde die Sache untersucht und dabei festgestellt, daß mit dem Andenken eines brauen Kollegen in elender Weise Schindblüder getrieben wird. Der Kollege Emil Dehn ist am 1. Juli 1905 dem Verband beigetreten und hat sich im Sommer 1908 in ehrlicher Weise am Streit beteiligt. Die Behauptung, daß er Streikbrecher geworden sei, ist eine Beleidigung für den Toten. Während des Streits vermittelte die Streileitung sechs Tischler nach Tribsees, darunter auf seinen Wunsch auch Dehn. Seine Sachen wurden natürlich nicht mit Beschlag belegt, im Gegenteil, er erhielt beim Umzug die erhöhte Unterstützung unter sich. In Tribsees bestand damals keine Zahlstelle. Dehn bemühte sich aber eifrig um die Errichtung einer solchen, und als die Gründung im November vollzogen wurde, wußten die Kollegen Dehn zum Bevollmächtigten. Er bekleidete diese Funktion bis zum März 1908, wo der Betrieb ein ging. Die Kollegen mußten mangels anderer Arbeitsgelegenheit abreisen und Dehn ging nach Anklam, wo er in gewohnter Weise für den Verband tätig war und bald auch die Funktion des Beitragsammlers übernahm. Mit den Kollegen lebte er bis zu seinem Tode im besten Einvernehmen. Es kann aber auch keine Rede davon sein, daß ihm seine Frau bei seiner Verbandsstätigkeit Schwierigkeiten bereitet hätte. Sie hat im Gegenteil wiederholt anderen Leuten gegenüber geäußert, daß sie helfen müßte, wenn ihr Mann nicht organisiert wäre. In der Tat hat Dehn in dem letzten halben Jahr vor seinem Tode 183,25 Mark Renten Geld zu sich zu vom Verband erhalten. Selbstverständlich erhielt die Witwe auch das statutenmäßige Sterbegeld. An der ganzen Geschichte ist lediglich

wahr, daß der Kollege Dehn und auch seine Frau gestorben sind. Daran ist über der Verband ebenso unschuldig wie an jedem anderen Todesfall. Was die Versorgung der Kinder anlangt, so ist das natürlich nicht Aufgabe des Verbandes. Das hat auch niemand verlangt. Hierüber ist ermittelt worden, daß noch bei Lebzeiten der Frau ihr Bruder in Stolp angeboten hat, die Kinder zu sich zu nehmen. Nach dem Tode der Frau Dehn wurden die Kinder von der Stadtverwaltung Anklam in Pflege gegeben. Der Sohn kam zu einem Verbandskollegen, der 6 Mr. monatliche Vergütung erhält, und die Tochter zu einer Schwester der Frau Dehn. Alle dieses Mädchen zahlt die oben erwähnte Offiziersfrau 10 Mr. monatlich. Ihr Eyer ist also nicht so groß, wie es in der Schwindelnachricht dargestellt wird, aber auch die Gewährung dieses Erziehungsbeitrages macht der Dame immerhin alle Ehre.

Es wundert uns eigentlich, daß die „Gieche“, die sonst in der Verbreitung von Ränkespielen über den Deutschen Holzarbeiterverband Geschichtliches leistet, diesen Wissen noch nicht aufgegriffen hat, anscheinend ist er sogar ihr zu ähnlich. Bezeichnend ist es, daß der mit R. W. zeichnende Schmidian in der „Zeitung für Hinterpommern“ mit seinem Schmied erst jetzt herauskommt, obwohl der Kollege Dehn schon Anfang Januar gestorben ist. Vermutlich wollte er in seiner Art Material zur Verwendung gegen die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl liefern. Aber so ist es mit dem Material, welches zu produzieren eine Hauptaufgabe des bekannten Reichsverbandes ist. Sobald man die Dingen auf den Grund geht, erweist es sich als grober Schwund.

Die Tarifverträge gelten auch für Unorganisierte. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß die Bestimmungen eines Tarifvertrages auf alle Arbeiter angewendet werden müssen, denn es würde zu recht unglaublichen Konsequenzen führen, wollte man z. B. die Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohn den Unorganisierten gegenüber außer Kraft setzen. Trotzdem kommen aber noch Verstöße gegen solche Selbstverständlichkeit vor, die ein Gingeles der Zentralvorstände notwendig machen. So hatte die Firma Neugarten in Detmold mit drei unorganisierten Arbeitern Sonderverträge abgeschlossen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des geltenden Tarifvertrages standen. Unter Verbandsvorstand sah sich daher genötigt, den Verstand des Arbeitgeberverbandes zu erzwingen, für Mediation zu sorgen.

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat darauf mit folgendem Schreiben geantwortet:

Bezuglich der uns gemeldeten Differenz bei der Firma Neugarten in Detmold (besondere Abmachungen mit unorganisierten Arbeitern betreffend), halten wir einen diesbezüglichen Entscheid der beiderseitigen Zentralvorstände für nicht erforderlich, weil wir grundsätzlich den Standpunkt vertreten, daß auch nicht organisierte Arbeiter dem Vertrage unterstehen, Einzelabmachungen mit solchen Arbeitern also ungültig sind. Wir haben genannter Firma in diesem Sinne Mitteilung zugehen lassen.

Hochachtungsvoll

Wih. Dobbe.
Mein hiermit, wie gesagt, nur etwas Selbstverständliches konstatiert wird, so halten wir doch diese ausdrückliche Anerkennung unseres Standpunktes durch den Arbeitgeberverband für weitwoll. Gegebenenfalls sind dadurch unsere Kollegen in die Lage versetzt, etwaigen Verstößen einzelner Unternehmer nach dieser Richtung sofort entgegenzutreten.

Bedingungslos die Arbeit aufgenommen haben nach Herrn Würlitz die Hamburger Holzarbeiter. So verhindert es der große Strategie in der „Arbeitgeber-Zeitung“ und in der „Gazette der Tischlermeister usw.“. Der treibsame Herr sucht diesen Trost in seinem Schmerz, daß nicht nur die materiellen Forderungen der Arbeiter, sondern auch das Obligatorium des Arbeitsnachweises bewilligt werden müssen, damit zu begründen, daß mit Ausnahme des Mindestlohnes (und des Arbeitsnachweises!) die Arbeitsbedingungen am Tage der Arbeitsaufnahme die gleichen wie vor Beginn des Kampfes seien. Wir können ihm diese Linderung und teilen diesen Erfolg nur zur Heilung unserer Mitglieder mit, die über den Abschluß ja bereits in der vorigen Nummer ausführlich unterrichtet wurden.

Der Umzug des paritätischen Arbeitsnachweises in Hamburg von der Ritterstraße nach dem alten Hotel in der Böckmannstraße, den der Vertragsabschluß bedingte, ist nun am 7. November erfolgt. Die Arbeitslosen zogen in geschlossenem Bunde nach dem alten Hotel, wo Obermeister Auguste in einer kurzen Ansprache dem Arbeitsnachweis eine segensreiche Tätigkeit wünschte, welchem Wunsche sich auch der Vertreter unseres Verbandes anschloß.

Die vereinigten Pinselfabriken in Nürnberg sind in der Lage, für das abgelaufene Geschäftsjahr wieder eine Dividende von 15 Prozent zur Verteilung zu bringen. Mit der Pinselfabrik von J. Schramm & C. H. S. wurde eine Interessengemeinschaft hergestellt, um längst günstigere Verkaufsbedingungen zu erreichen.

Die Konferenz der Maschinenarbeiter ist am Sonntag, den 12. November, in München eröffnet worden. Anwesend sind 60 Delegierte aus 10 Orten. Die Bayerische und die Südwürttembergische Holzverarbeitungsgenossenschaft haben Vertreter entsandt. Ebenso sind der Bayerische Landesgewerbeamt sowie die Gewerbeinspektoren für München und für den Bezirk Überbayerisch-Land anwesend. Nachdem Kollege Leipziger in München der Konferenz einige Begrüßungsworte gewidmet hatte, wurde in die Verhandlungen eingetreten. Es wurde beschlossen, die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: „Die Unfallgefahr an den Holz-

bearbeitungsmaschinen" und "Die Forderungen der Maschinenarbeiter, Säger usw. an die Berufsgenossenschaften, an die Gewerbeinspektion und an die Gesetzgebung" zusammen zu behandeln. Die Kollegen Kieck-Berlin und Matz-München hielten sehr gehaltreiche Referate. Den Referenten gezollte Beifall war wohl verdient. Die anschließende Diskussion wird in der Montagsßlung weitergeführt werden. -- Ein ausführlicherer Bericht folgt.

Gewerbschaftliches.

Die freien Gewerfschaften in Rheinland-Westfalen.
m. Die beiden Provinzen Rheinland und Westfalen werden fast allgemein als das Mutterland der christlichen Gewerfschaften angesehen. Hier gibt es noch Distrikte, wo die freien Gewerfschaften fast gar nicht oder doch nur sehr wenig Fuß gesetzt haben. In jenen gesegneten Gefilden herrscht der Kaplan unumstrickt, und diejenigen Arbeiter, die sich den freien Gewerfschaften etwa doch anzuschließen, werden nach allen Regeln der Kunst von demselben bearbeitet, so daß es vielfach aus Rücksicht auf den häuslichen Frieden unserer Verbänden wieder Palet sagt.

Es ist nicht uninteressant, die Entwicklung der freien Gewerkschaften in diesen beiden Provinzen zu verfolgen. Wir brauchen uns wahrlich nicht zu schämen mit unseren Mitgliederzahlen. Eine Zusammenstellung ergibt, daß alle Gewerkschaften zusammen je am Jahresschluß

1908 221 481 Mitglieder

1000 227.783

1910.268.104

müssern könnten. Mit der letzteren Zahl ist die erste viertel Million in den beiden Provinzen überschritten. Es fehlen nur 4801 Mitglieder an der Zahl, welche die christlichen Gewerkschaften in ganz Deutschland zusammensetzen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die bayerischen und die württembergischen Eisenbahner, welche zum Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften 29 509 Mitglieder stellen, in Rheinland-Westfalen überhaupt nicht ver-

Leider ist ein Vergleich der Mitgliederzahlen beider Richtungen für die Provinzen nicht möglich, weil Angaben für die einzelnen Orte von unseren Rivalen nicht gemacht werden. Zum Vergleich können deshalb für diese nur die Zahlen aus ganz Deutschland herangezogen werden. Da aber z. B. im christlichen Holzarbeiterverband auch die Bildhauer, Böttcher und Tappezierer organisiert sind, für diese Berufe aber in unserer Richtung noch besondere Berufsgesellschaften bestehen, müssten wir die Verbände nach Industriegruppen zusammenlegen und dann ergibt sich folgendes Bild:

Industrie-Gruppen	Mitgliederzahl der seien Gewerkschaft in Mhd. u. Welt am Jahresende			Mitgliederzahl der christl. Gewerkschaft in ganz Deutsch- land am Jahresende		
	1908	1909	1910	1908	1909	1910
Bergbau	80009	77970	81696	74814	81784	82850
Metallindustrie	16700	18024	18470	24816	24002	33068
Tertärsindustrie	15818	16463	18688	38706	30451	40920
Textilindustrie	604	687	892	3922	4198	5107
Holzindustrie	11478	12649	18938	10840	11812	18407
Mahrungs- und Genuss- mittelindustrie	7326	10022	11577	6442	7818	9908
Wesiedlungsgewerbe	5687	5505	6484	3036	3466	30068
Gaugewerbe	81384	82803	86322	34272	38771	30257
Graphische Gewerbe	9261	9886	10475	4300	4398	4572
Handels- u. Verkehrsg. ind. d. Steine u. Erden	5441	6225	18254	14930	18752	18800
Wässwirtschaftsgewerbe	2750	2444	2612	6558	5934	6010
Wier verichied. Verbände	709	724	901	—	1220	1920
Gärtnerverband	2815	8024	4058	—	—	—
	544	647	892	733	728	818

Danach ist die Mitgliederzahl in der Holzindustrie für die freien Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen 13.938, dagegen für den christlichen Holzarbeiterverband in ganz Deutschland 13.407, also um 528 niedriger. Das lehrende Lehrbuch des christlichen Holzarbeiterverbandes berichtet, daß Ende 1909 in den beiden Provinzen 5305 christliche Mitglieder vorhanden waren; dieser direkte Vergleich ergibt für uns also sogar ein Mehr von 7344 Mitgliedern am Jahresende 1909. Aus der obigen Zusammenstellung ergeben sich ähnliche, zum Teil noch bessere Resultate für die freien Verbände der Metall-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie und des Bekleidungsgewerbes.

Die Bevölkerung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes läßt sich eben heute nicht mehr leiten, wie Herkules Blächer es gern wollten; sie verlangt eine energische Interessenvertretung und hat erkannt, daß diese nur in den freien Gewerkschaften zu finden ist.

Die Missperrung in der Tabakindustrie nimmt immer noch an Ausdehnung zu. Beteiligt am Kampfe sind jetzt die Betriebe Würde, Burgkunstadt, Herford, Löhne, Lenné, Hannover, Spiegel, Neubrandenburg, Piemont, Solingen, ferner aus dem norddeutschen Gebiet: Hamburg-Altona, Bremen, Olden, Burgdamm, Seelklingen, Mitterhude, Osterholz, Egestorf und Verden a. d. Aller. Der Kampf erfreut sich nach der Zusammensetzung des Tabakarbeiterverbandes auf rund 13 000 Personen, wobei 3000 weibliche sind. In vielen Orten suchen sich die Unternehmer gegen eine weitere Ausbreitung des Stoppes dadurch zu sichern, daß sie allen ihrer entbehrlichen Kräften lange Kündigungsschriften anzeigen. Die Organisationsleitung warnt dringend davor, solchen Verlängern nachzugeben. Die Stimmung ist in den Kreisen der Tabakarbeiter eine begeisterte, sie, die lange genug unter den elenden Löhnen dahinweggesiezen mügten, sind bereit, den notwendig gewordenen Kampf durchzuhalten, während die Unternehmer vor der Gefahr stehen, das günstige Wahlrechtsgesetz zu verlieren, wenn sie nicht rechtzeitig erläutern. Umso Kollegen allerorts können die Auswirkungen des Stoppes besser dadurch fördern helfen, daß sie ihr Zepterstein zu den aufgeschriebenen Sammlungen beitragen,

Die Techniker im Klassenkampf. Vor einigen Wochen konnten wir berichten, daß die Berliner Eisenkonstrukteure zu denselben gewerkschaftlichen Mitteln wie die Arbeiter greifen mußten, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Der Streit dieser Jungenleute und Techniker dauert auch hente noch an und suchen die Unternehmer bereits im Auslande Streikbrecher. Bei diesem Streit kommt lebhaft zum Ausdruck, wie gering in Wirklichkeit die Interessenharmonie zwischen den Fabrikanten und ihren „geistigen Mitarbeitern“ und „Vertreterpersonen“ ist. Diese heutige Belastungsprobe wird aber auf der anderen Seite zeigen, wie tief der Gedanke der Klassen- solidarität unter den Technikern Wurzel gesetzt hat.

Um einer anderen Stelle haben allerdings diese neuen
Gesellschaften keine Wirkung mehr auf bestanden.

bänden beschäftigt. Der Artikel folgert aus dem Erlass, daß unter den gegebenen Umständen dem Beitritt der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden eine Bedeutung nicht beizumessen ist. Der Artikel erwähnt sich beißufig für die obligatorische Innung, kommt aber im übrigen zu dem Schluß, den Handwerkern zu empfehlen, sich neben den Innungen in Unterabteilungen der Arbeitgeberverbände zu organisieren. Das ist ein Rat, nach dem die Handwerksmeister ohnehin gehandelt haben. Wenn jedoch die Arbeiter durchgängig ihrer Organisationspflicht genügen, dann sind wir imstande, den kampfeslustigen Unternehmern die Spiege zu bieten. Gleichviel ob sie in Innungen oder Arbeitgeberverbänden organisiert sind.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Sind Gewerkschaftszahlstellen politische Vereine?

Die Neigung der Polizeibehörden, die Gewerkschaften durch unberedtigte Anwendung des Vereinsgesetzes zu schikanieren, scheint in neuerer Zeit wieder stärker zu werden. Man will die Gewerkschaftszahlstellen als politische Vereine betrachten und ihnen die Verpflichtungen auferlegen, welche das Vereinsgesetz den politischen Vereinen vorschreibt. Hierzu gehört die Einreichung des Statuts und des Berzeichnisses der Vorstandsmitglieder bei der Ortspolizeibehörde. Mit diesem Verlangen beginnt gewöhnlich die polizeiliche Aktion, aber die Ansprüche der Polizei gehen weiter. Die öffentlichen politischen Versammlungen müssen auf Grund des Vereinsgesetzes polizeilich angemeldet werden, und die Polizei ist berechtigt, sie zu überwachen. Für einen sindigen Polizisten ist es eine Kleinigkeit, die Mitgliederversammlungen als öffentliche Versammlungen anzusehen, zumal eine solche Kleinigkeit sozialdemokratischen Vereinen gegenüber schon die Anerkennung höherer Instanzen gefunden hat. Ist aber eine Verbandszahlstelle einmal als politisch erklärt, dann hat das zur Folge, daß wir in unseren Versammlungen die Polizei auf dem Halse haben. Was das bedeutet, erhellt daraus, daß die Polizeibehörden das, was sie durch die Überwachung der Versammlungen erfahren, durchaus nicht immer als Münzgeheimnis betrachten. Es ist schon vorgekommen, daß sich Unternehmer auf dem Wege über die Polizei über die Vorgänge in den Gewerkschaftsversammlungen unterrichtet haben. Als weitere Beigabe kommt die Bestimmung des Vereinsgesetzes in Betracht, daß Personen, die das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, politischen Vereinen nicht angehören und an politischen Versammlungen nicht teilnehmen dürfen. Die Erklärung des Verbandes als einen politischen Verein hätte also zur Folge, daß die jungen Kollegen der Organisation fernbleiben müssen.

In letzter Zeit ist es nun in verschiedenen Orten vor-
gesehen, daß die Polizei von unserer Zahlstellen-
verwaltung die Einreichung des Status und des
Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder verlangt.
Entsprechend einer Anweisung des Verbandsvorstandes
muß dieses Verlangen überall strikte Ab-
gelehnt werden. Dieser Anweisung entsprechend ist
auch in Thorn in Westpreußen gehandelt worden, was
zur Folge hatte, daß gegen drei Mitglieder der Volks-
verwaltung Haftbefehl wegen Vergehens gegen das Vereins-
gesetz erhoben wurde. Tatsächlich hat auch das Schöffengericht
Thorn die Angeklagten zu je 20 Ml. Geldstrafe
verurteilt; allerdings mit einer Begründung, die ab-
solut unhaltbar ist. Das Gericht beruft sich in seinem Urteil
auf die Aussage von vier Polizeibeamten, welche die Ver-
sammlungen der Zahlstelle von Juli 1906 bis Anfang des
Jahres 1908 überwacht haben. In verschiedenen der in
jener Zeit gehaltenen Reden erblicken sie eine politische
Betätigung. Darin stimmt ihnen das Gericht bei und
folgert: „Hat sich aber der Verein in der Zeit vom Sep-
tember 1906 bis Anfang des Jahres 1908 politisch betätigt,
so ist eine gleiche Betätigung auch für die Falgezeit an-
zunehmen.“ Das Reichsvereinsgesetz ist am 16. Mai
1908 in Kraft getreten. Daß Vorgänge, die weiter zurück-
liegen, nicht zur Begründung eines Vergehens gegen dieses
Gesetz herangezogen werden können, ist so einleuchtend,
daß die gegen das Schöffengerichtsurteil eingelegte We-
rufung Erfolg verspricht.

In anderen Städten ist es bisher zu Anklagen gegen Verwaltungsmitglieder unseres Verbandes noch nicht gekommen, doch sind solche, wie die polizeilichen Vernehmungen erlennen lassen, in Vorbereitung.

Ist auch in dem Thorner Fall das Urteil des Schöffengerichts unhaltbar, so darf dieses Vorgehen der Polizei gegen unseren Verband keineswegs leicht genommen werden. Zurzeit geht eine Mötig durch die Presse, nach welcher eine Wahlstelle des Bismarckerbandes das Verlangen der Polizei nach Einreichung des Statuts und der Liste der Vorstandsmitglieder im Verwaltungsstreitverfahren angefochten hat. Das preußische Oberverwaltungsgericht hat aber die Klage abgewiesen. In dem Urteil wird ausgeführt: „Da die Wahlstellen des öfteren in ihren Versammlungen politische Gegenstände, wie Reichstagsauflösung, Colonialpolitik, Steuergesetze, Ostmarkenpolitik, Koalitionsrecht und anderes behandeln, so sei es klar, daß es sich nicht nur um Vereine, sondern auch um politische Vereine handle.“

Die eingangs geschilderten Nachteile, die dem Verband und seinen Zahlstellen erwachsen, wenn sie als politische Vereine erklärt werden, lassen es angezeigt erscheinen, den Kollegen dringend zu empfehlen, sich in den Verbandsversammlungen auf die Erörterung gewerkschaftliche Fragen zu beschränken. Selbstverständlich kann von den

Verbandsmitgliedern nicht verlangt werden, daß sie auf die politische Tätigkeit verzichten. Im Gegenteil, wir halten es für dringend notwendig, daß auch unsere Kollegen sich fleißig an der politischen Aufklärungs- und Werbearbeit beteiligen, aber außerhalb ihrer Gewerkschaftsvereinigung. Die gewerkschaftlichen Probleme sind so vielseitig, daß es nicht nötig ist, Anleihen auf dem politischen Gebiet zu machen, um unsere Versammlungen interessant zu gestalten. Nach § 8 des Vereinsgesetzes ist ein „politischer Verein“ ein solcher, der „eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezw.“. Dieser Begriff ist aber, wie so mancher andere im Vereinsgesetz, recht auslegungsfähig. Sichere Inhaltspunkte für das, was die Gewerkschaften tun können, ohne sich der Gefahr auszusetzen, durch eine schikanöse Gesetzauslegung zu politischen Vereinen gestempelt zu werden, lassen sich also schwer geben. Immerhin ist bei der Auswahl der Thematik, die in den Mitgliederversammlungen zur Beratung gestellt werden, die nötige Vorsicht zu üben, um der Polizei den eifrig gesuchten Vorwand zu einem Vorgehen gegen den Verband zu nehmen.

Technisches.

Fachblatt für Holzarbeiter. Unter denen, die auf die Entwicklung des deutschen Kunstgewerbes bestimmend einwirken, steht Herrmann Muthesius mit an erster Stelle, junger Berliner Architekt, der einst als Sohn eines kleinen Maurermistlers selbst die Melle schwang und heute die Russisch über die preußischen Kunstmärkte vermittelnden Verhandlungen führt. In seinen Arbeiten machen sich besonders englische Einflüsse geltend. Das Fachblatt ist in dem jetzt vorliegenden Novemberheft in der Lage, seinen Lesern einige Räumlichkeiten vorzuführen, die nach Entwürfen von Hermann Muthesius ausgeführt wurden, und denen Wohnlichkeit in hohem Grade eigen ist. Als Leistungen der Münchner Gewerbeschule werden sodann einige reizende Uhrenhäuser und Schmuckstückchen vorgeführt, deren reiche Ausführung schon auf ein hohes Maß praktischen Könnens ihrer Mästiger schließen lässt. Eine Abhandlung von Emil August zeigt die Entwicklung der Rahmenformen während der verschiedenen Stilepochen und trägt besonders durch die Illustrationen wesentlich zum Verständnis der einzelnen Stilarten bei. Der Überblick über die im letzten Vierteljahr erteilten Patente auf dem Gebiet der Holzbearbeitung ist die Abbildung einer neuen Schubvorrichtung für Kreissägen beigegeben, für die Drechsler dürfte eine Blanscheibe zum gleichzeitigen Anbringen vieler kleiner Säulen von besonderem Interesse sein. Zwei frühere Briefstabenanfragen über das Fürrichten runder Säulen und über ein Verfahren, schwere Schublasten leicht beweglich zu machen, finden ausgiebige Beantwortung. Von den Artikeln: „Das Maßnahmen im Bau“, „Werkzeuge“ und einigen anderen bringt das Novemberheft den Schluss. Das „Fachblatt für Holzarbeiter“ erscheint am 15. jedes Monats und ist gegen 1 Mf. pro Vierteljahr bei allen Postanstalten und den Verwaltungsstellen des Deutschen Holzarbeiterverbandes zu abonnieren, sowie bei der Expedition, Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2. Einzelhände werden zu 50 Pf. abgegeben.

Freistellen für eine Fachschule sind dem Vorstand unseres Verbandes durch die Direktion der Koloscherischen Fachschule für Tischler in Detmold zur Verfügung gestellt. Die unseren Mitgliedern gewährte Vergünstigung erstreckt sich auf den Erlös des Schulgeldes für drei beginnend monatige Kurse. Für die Sommermonate stehen dem Verbande zwei und für die Wintermonate eine Freistelle zur Verfügung. Die Schule hat sich als Aufgabe gestellt, Werftführer und Zeichner auszubilden. Die bisherigen Auskäfer jener Freistellen sprechen sich durchaus lobend über den Unterrichtserfolg aus.

Eingesandt.

Sitz Konferenz der Fabrik- und Metallarbeiter.
Dass eine Konferenz stattfinden muss, darüber sind sich wohl die meisten Kollegen einig. In Nr. 41 unserer Zeitung haben sich aber die Kollegen Saarlandiaer (Mannheim) und Weller (Berlin) auf einen ablehnenden Standpunkt gestellt. Insbesondere Kollege Weller stellt in seinem Eingesandt die wichtige Frage: „Warum sind noch so viele Kollegen unorganisiert?“ Es ist Tatsache, dass die Mitgliederzunahme in unserem Verbande eine sehr langsame ist. Die Schuld hieran ist in den wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen. Ein anderer Grund, den man so häufig zu hören bekommt, ist der hohe Beitrag. Speziell die älteren Kollegen sind es, welche sich weigern, dem Verbande beizutreten. Sie glauben, wenn sie in einer Fabrik beschäftigt sind, so haben sie Lebensstellung und brauchen die Organisation nicht mehr. Dass dieser Grund nicht mehr zu trifft, beweisen die Aussperrungen in der Metallindustrie. Deshalb muss auf der Konferenz zu der Aussperrungswut der Unternehmer Stellung genommen werden. Auf müssen wir uns mit der Unterbildungfrage im Fall einer Aussperrung beschäftigen, und zwar aus dem Grunde, weil unser Hauptvorstand bei der letzten drohenden Aussperrung der Metallarbeiter dazu überging, für unsere Kollegen die-

selbe Kargenzeit vorzuschreiben, wie es für die Metallarbeiter der Fall war. Diese war meines Wunsches nach nicht zulässig, da bei dieser Aussperzung höchstens 2000 Holzlegen in Rütteldeichschaft gezogen wurden. Des fernersten haben wir uns mit der Frage der Organisationsteilnehmungsfreiheit unserer Holzlegen zu beschäftigen. Es muß endlich Klipp und klar ausgesprochen werden, daß die Fabrik- und Modelltischler in den Deutschen Holzarbeiter-Verband hineingehören und nicht in den Metallarbeiterverband. Diese Frage muß jetzt energisch behandelt werden, und muß ebensoviel der nächste Gewerkschaftskongreß diese Streitfrage entscheiden. Kommen zu all diesen Fragen noch die Punkte, welche der Vorsitzende unserer Zentralkommission vorgeschlagen hat, so liegt genügend Material für die nächste Konferenz vor und wird dieselbe auch fruchtbringend und wissenschaftlich sein.

Bur-Grauenkonferenz der Stellmacher.

Nach den verschiedenen Eingesandt könnte man zu der Meinung kommen, daß alle Mißstände in unserem Beruf durch die Konferenz beseitigt würden. Wenn man aber einen Rückblick wirft auf die letzten 6 Jahre, so sieht man wohl den gewaltigen Aufschwung der Automobilindustrie, aber nicht den unserer Organisation. Damals hatten die Kollegen auch recht große Hoffnungen auf die Konferenz gesetzt. Es ist deshalb dringend notwendig für die Kollegen praktisch etwas zu leisten durch Einführung von Belohnungen, denn das ganze Bestreben der vom Lande zureisenden Kollegen ist doch, sich beruflich auszubilden. Stattdessen werden sie nur ausgebeutet. Es muß deshalb unsere Aufgabe sein, die Kollegen in ihrem Bestreben zu unterstützen und zugleich für den Verband zu gewinnen und zu erhalten. Zugleich werden dadurch mehr Kollegen befähigt, für ein Fachblatt mitzuarbeiten. Auch muß die Agitation in den Städten intensiver betrieben werden, und deshalb ist es notwendig, den Punkt Agitation mit auf die Tagessitzung zu setzen. Nach meiner Erfahrung halte ich allerdings für unmöglich, die Kollegen, solange dieselben auf dem Lande arbeiten, für den Verband zu gewinnen. Den Städten müßte mit allen Mitteln doraufhin gearbeitet werden, den Post- und Logistizwang, den größten Hemmschuh ist und, abzuschaffen. Wir haben aus der Statistik gesehen, daß in den Karosseriefabriken, wo doch schon größere Anforderungen an die Kollegen gestellt werden, kaum jene selben organisiert sind, und in den Waggonsfabriken sieht es jedenfalls noch viel schlechter aus. Alle Vorschläge und Beschlüsse haben keinen Wert, wenn wir nicht die Kollegen organisiert haben. Die Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Sektionen oder Zahlstellen halte ich nicht für möglich, ist doch die übergroße Mehrzahl der zureisenden Kollegen nicht organisiert, und werden sich diese um unser Arbeitsnachweis nicht kümmern. Die Gründung von Sektionen müßte jeder Zahlstelle zur Pflicht gemacht werden, so 10 bis 15 organisierte Kollegen vorhanden sind, auch wäre es von Vorteil, wenn die Adressen der Sektionsleiteren dem allgemeinen Adressenverzeichnis beigefügt würden. Man muß leider die Erfahrung machen, daß manche Ortsverwaltung auf eine Anfrage überhaupt keine Antwort gibt. Für verfehlt würde ich es halten, wenn zwei Zentralkommissionen geschaffen würden. Besser ist, die etliche Ortsverbände zu unterstützen, deshalb möchte ich den Antrag vorbotha unterstützen, daß die Ortsverwaltungen respektive Sektionsleitungen verpflichtet werden, jährlich einen Bericht an die Zentralkommission zu senden. Hoffen wir doch, es nach dieser Konferenz besser vorwärts geht, nach der letzten, damit die Unternehmer in Zukunft nicht mehr daran denken, im „Arbeitsmarkt“ Streitbrecher zu suchen, um sie gegen die Kollegen auszuspielen.

Bento Bora

Brieftästen.

Unsere Correspondenten machen wir darauf aufmerksam, daß wegen des norddeutschen Fugtages die Nr. 4 bereits am Sonnabend, den 18. November, abgeschlossen werden muß.

Literarisches.

Deutschen Volksarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedlandstr. 1,
bezogen werden.

Agitationsmaterial zur Reichstagswahl wird jetzt in größeren Mengen herausgegeben. Als wichtigste Publikation dieser Art kann das im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienene Handbuch für sozialdemokratische Wähler, herausgegeben vom Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, bezeichnet werden. Dieses Handbuch erscheint schon seit längerer Zeit am Abschluß jeder Legislaturperiode. Die diesmalige Ausgabe ist viel umfangreicher als die früheren. Auf 781 Seiten werden die verschiedenen Materien behandelt, mit welchen sich der Reichstag in den letzten 5 Jahren beschäftigt hat. Das Buch enthält somit eine Fülle von Material, welches zunächst dazu bestimmt ist, beim Wahlkampf Dienste zu leisten, aber es behält darüber hinaus dauernden Wert als Nachschlagewert. Der Preis des Handbuchs beträgt gebunden 5 M.
Als eine Ergänzung des sozialdemokratischen Wahl-

Handbuchs kann das im gleichen Verlage erschienene Buch: *Wahlklagen der bürgerlichen Parteien*, welches eine Sammlung und Widerlegung der von den bürgerlichen Parteien zur Verleumdung der Sozialdemokratie und der sozialdemokratischen Vertreter verbreiteten Lügen enthält. Auf diesem Gebiete sind unsere Gegner so erfindungsreich, daß die vorliegende zweite Auflage — die erste ist im Sommer 1907 erschienen — wesentliche Änderungen enthält. Der Preis für das gebundene Exemplar ist auf 3 M. festgesetzt.

gesetzt.
Der Verband der Gastwirtschaften hat zwei Broschüren herausgegeben, die in den Kreisen der Interessenten einige Aufmerksamkeit erregen dürften. Das Stellenvermittlungsgeley und die gastwirtschaftlichen Angestellten kostet 30 Pf. und der Gutmutter einer Arbeitsordnung für gastwirtschaftliche Betriebe nebst Erläuterungen wird für 10 Pf. abgegeben.

Welt- und Internationale Zeitungsgesellschaften. 1911
woll der Verhandlungen am 22., 23. und 24. August 1911
in Zürich. Verlag von Gr. Eßlern, Berlin.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fischler und anderer gewerblicher Arbeiter

(C. S. B in Hamburg).

Invalidenfonds betreffend

Der Vorstand hat beschlossen, auch in diesem Jahre an
alle meine Mitglieder, welche vor dem 1. Oktober d. J. aus-
gesteuert sind, und deren Bedürftigkeit und
Würdigkeit nachzuweisen ist, eine Gabe zu Weihnachten
gelangen zu lassen.

Gesuche müssen, mindestens von drei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterzeichnet, bis zum 12. Dezember beim Vorstande eingereicht sein, und endlich muß in denselben die Buchnummer des betreffenden Mitglieds, sowie ferner angegeben werden, wann ausgesteuert.

Der Vorstand. J. M. G. Blume.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1911.

Stadt	Anzahl der Mitglieder am Orte	Anzahl der Mitglieder auf der Stelle	Arbeitslose Mitglieder am Orte						Unterstützung haben erhalten							
			vom vorigen Monat	Bugang t. diesem Monat	Gesamt- zahl	am letzen Tage d. Wochens	Durchschnit- tel der arbeitslosen Zahl	Woch.	Tage	Wk.	St.	Woch.	Tage	Wk.	St.	
Danzig	40	8976	22	68	85	70	—	87	815	487	10	81	64	61	—	
Stettin	48	8499	17	188	153	48	5	27	210	855	98	192	280	257	77	
Breslau	45	7701	82	192	184	80	6	68	549	1017	78	189	225	202	28	
Berlin	91	86374	1894	5585	6929	1022	11	1294	11908	22692	07	456	874	805	70	
Dresden	56	14942	101	406	507	182	9	140	1087	1748	75	280	844	800	43	
Leipzig	62	17840	218	580	798	199	10	241	2033	8598	01	846	506	448	58	
Erfurt	76	6790	49	93	142	53	6	97	775	971	28	179	251	217	74	
Magdeburg	87	6758	60	190	250	74	14	111	989	1587	70	258	390	357	28	
Hamburg	68	18079	109	775	974	278	80	200	1002	8200	45	609	980	878	12	
Hannover	44	10287	102	476	578	246	16	220	1622	3049	79	370	618	574	42	
Düsseldorf	58	10514	26	186	212	70	18	70	464	779	45	484	784	666	95	
Frankfurt	82	10688	40	408	448	160	15	128	1189	2801	21	424	690	598	28	
Nürnberg	47	11775	92	178	266	108	8	129	1285	1912	20	215	402	360	25	
München	48	7092	97	460	547	128	7	188	1014	2082	36	292	525	478	85	
Stuttgart	88	11429	24	84	108	50	5	86	288	468	—	442	768	744	58	
Gaußlasse	—	882	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18	22	20	30	
Oktober	1911	858	178128	2401	9087	12178	3609	158	2086	25485	46147	14	4680	7628	6962	50
September	840	176014	2242	9171	11418	2509	163	2428	19520	34697	60	6084	9494	8557	81	
August	858	174198	2920	8750	11670	2246	212	2589	28418	42420	07	6778	11360	10501	94	
Juli	880	172680	8458	7745	11201	2922	265	8104	29912	54280	48	7260	11085	11177	44	
Juni	890	171408	8205	7858	10818	3458	282	8847	85021	62117	45	7242	11972	11006	22	
Mai	817	169561	4004	7825	11829	8280	218	8556	85606	64042	03	8888	18620	19584	66	
April	826	167184	4075	7542	11617	4019	189	8628	89014	71856	04	6447	11024	10808	12	
März	829	166705	5585	8425	14010	4192	204	5082	53087	86672	73	5080	8091	7950	11	
Februar	829	164679	6898	8416	15814	5597	186	6269	67067	115071	93	4557	7031	6245	98	
Januar	821	163032	8394	9495	17889	6904	282	8492	101122	185119	40	5065	7725	6882	42	
Dezember	1910	820	162617	5523	9614	15187	8410	214	6849	81818	155792	96	4128	6870	5579	43
November	807	161398	4881	8608	18469	5512	174	5028	52348	104520	75	4328	6869	6212	61	
Oktober	798	159818	8769	10682	14401	4906	196	4668	47406	95589	44	5760	9486	8558	45	
Folgende Städte haben nicht berichtet: Großheringen, Gräfelfingen, Weißwasser — Schleiz — Grünblütel — 11. Mai	— Wittenberge, Schwandorf, Wunsiedel — Heidenheim, Neustadt i. Schwarzwald.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Zur besseren Übersicht über den unterschiedlichen Umfang der Arbeitslosigkeit folgen wir noch folgende Vergleichszahlen bei:																
	Anzahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats						Rat je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose									
	1906	1907	1908	1909	1910	1911		1908	1907	1909	1909	1910	1911			
Jänner	8260	4870	8468	10005	5433	6904	Januar	2,47	2,87	5,81	7,07	8,68	4,28	Januar		
Februar	2818	4100	7083	8089	4044	5597	Februar	1,72	2,68	4,80	5,67	2,72	3,40	Februar		
März	2121	3688	6529	6816	8478	4192	März	1,56	2,46	4,43	4,40	2,82	2,52	März		
April	2170	3453	6754	5212	8518	4019	April	1,54	2,32	4,62	3,62	2,84	2,40	April		
Mai	2127	2784	6436	4457	8970	3280	Mai	1,48	1,87	4,89	8,10	2,68	1,94	Mai		
Juni	1918	2880	6180	4491	4400	3458	Juni	1,38	1,56	4,19	8,10	2,88	2,02	Juni		
Juli	1612	2050	5874	3726	4292	2922	Juli	1,18	1,31	8,72	2,57	2,90	1,69	Juli		
August	1297	1751	4385	2661	3153	2246	August	0,84	1,17	3,03	1,82	2,08	1,29	August		
September	1683	2575	4747	2717	3889	2509	September	1,11	1,72	3,30	1,85	2,45	1,48	September		
Oktober	2890	3823	5484	8260	4904	3609	Oktober	1,62	2,60	3,83	2,21	3,10	2,03	Oktober		
November	2817	4585	7018	3888	5512	—	November	1,58	3,07	4,87	2,68	3,42	—	November		
Dezember	4649	8256	12651	7101	8410	—	Dezember	3,08	5,53	8,89	4,77	5,17	—	Dezember		

